



**Protokoll der 6. Sitzung des Gemeinderats Frauenfeld  
vom Mittwoch, 9. Dezember 2015, 16:00 Uhr im Rathaus**

**Vorsitz:** Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel

**Namensaufruf:** 34 anwesende Mitglieder

**Entschuldigt:** Gemeinderäte Stefan Geiges, Michael Hefti, Ernst Rüsi, Jürg Senn,  
Gemeinderätin Monika Landert

**Mitanwesend:** 5 Stadtratsmitglieder

**Gemeinderatssekretärin:** Heidi Arnold

---

**Traktanden**

- 31 Mitteilungen
- 32 Protokoll der Sitzung vom 21. Oktober 2015
- 33 Botschaft an den Gemeinderat; Kreditbegehren für den Ausbau der Bahnhofstrasse, Laubgasse bis Altweg  
Eintreten, Materielle Beratung, Beschlussfassung
- 34 Budget der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park für das Jahr 2016 (inkl. Kenntnisnahme Finanzplan 2017 bis 2019 der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park gem. Antrag 5 der Botschaft)  
Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung

**Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel:** Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, ich heisse Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen Gemeinderatssitzung. Neben den altbewährten Journalisten Matthias Frei und Stefan Hilzinger hat auch Frau Katharina Brenner die Erlaubnis, für die Berichterstattung an unserer Sitzung teilzunehmen. Die Fotografin Frau Andrea Stalder hat zudem die Bewilligung, während der Sitzung zu fotografieren. Ich heisse Sie willkommen, bitte Sie jedoch, sich diskret zu verhalten, damit wir unsere Sitzung konzentriert durchführen können.

Ex oriente lux – so hiess es einst. Das Licht kommt aus dem Osten. Dieses Jahr hat Frauenfeld Licht ins Dunkel gebracht und sogar bewirkt, dass selbst die Schatten uns grosse Freude bereiten. Danke für die wunderschöne Adventsbeleuchtung unserer Stadt. Ein Licht, das von innen her leuchtet, kann nicht gelöscht werden. Hoffen wir, dass uns heute bei unserer Budgetberatung auch ein Licht aufgeht und wo nötig entsprechende Probleme und Fragen ins rechte Licht gesetzt werden.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt die Ratspräsidentin fest, dass 34 Mitglieder des Gemeinderats anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements Beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 18 Stimmen.

Die Traktandenliste wurde den Ratsmitgliedern gemäss Gemeindeordnung Art. 26.1 Abs. 2 rechtzeitig zugestellt. Die Ratspräsidentin stellt die Tagesordnung zur Diskussion. Diese wird stillschweigend genehmigt.

## 31

### MITTEILUNGEN

1. Die Botschaft Nr. 7 des Stadtrats „Kredit von 5 Mio. Franken für die Übernahme der Basisinfrastruktur Energiezentrale und Wärmenetz der Wärme Frauenfeld AG“ wurde am 23. November 2015 im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet.
2. Am 3. Dezember wurde Ihnen der Terminplan der GPK-Sitzungen Rechnung 2016 ebenfalls im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet. Dieser liegt auch an Ihren Plätzen auf.
3. Die Referendumsfrist bezüglich der Spezialfinanzierung für Unterflurcontainer ist am 7. Dezember 2015 ungenutzt abgelaufen.
4. Es ist eine einfache Anfrage von Gemeinderat Andreas Elliker eingereicht worden mit dem Titel „Personal im allfälligen Agro Food Innovation Park“.
5. Wir werden nach ungefähr zwei Stunden Beratung die Sitzung für ca. 20 Minuten unterbrechen. Es werden dann Erfrischungen und eine kleine Zwischenverpflegung im Vorraum für uns bereitstehen.

32

**PROTOKOLL DER SITZUNG VOM 21. OKTOBER 2015**

**Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel:** Das Protokoll Nr. 4 wurde am 16. November 2015 im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet. Bis zum heutigen Datum sind keine Änderungen oder Ergänzungen gewünscht worden. Gibt es noch Wortmeldungen zum Protokoll? – Da keine weiteren Ergänzungen oder Änderungen zum Protokoll gewünscht werden, gilt dieses stillschweigend als genehmigt. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und Ihre Anregungen. Herzlichen Dank an die Ratssekretärin Heidi Arnold und den daran Beteiligten.

Ich begrüsse Marcel Epper. Es sind nun 35 Mitglieder des Gemeinderats anwesend. Das absolute Mehr beträgt weiterhin 18.

33

**BOTSCHAFT AN DEN GEMEINDERAT „KREDITBEGEHREN FÜR DEN AUSBAU DER BAHNHOFSTRASSE LAUBGASSE BIS ALTWEG“**

Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung

**Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel:** Zu unserer Verfügung stehen die Botschaft Nr. 6 des Stadtrats vom 20. Oktober 2015 und das Protokoll der GPK Bau, Werke, Anlagen der 3. Sitzung vom 26. November 2015. Zuerst wird die Eintretensdebatte erfolgen, danach die materielle Beratung, sodann werden wir über den Antrag auf Seite 5 abstimmen. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Keine Einwände.

**EINTRETEN**

**Gemeinderat Michael Lerch, Referent der GPK Bau, Werke, Anlagen:** Die GPK hat sich in ihrer Sitzung vom 26. November 2015 im Beisein von Stadtrat Urs Müller und Amtschef Thomas Müller eingehend mit dieser Botschaft befasst. Unserem Rat wurde dieses Geschäft mit einer separaten Botschaft zugeleitet, da es sich bei dieser Kantonsstrasse nicht um eine reine Sanierung handelt, diesen Kostenbeitrag würde unser Rat mit dem Budget verabschieden, sondern weil mit der Sanierung auch ein Ausbau der Strasse verbunden ist. Dieser Ausbau bringt für die Stadt zusätzliche Kosten von 1 Mio. Franken mit sich. Damit liegt der Betrag deutlich über 300'000 Franken und daher auch diese Botschaft.

Neben der dringenden Sanierung eines Kantonsstrassenabschnitts mit dem wohl schlechtesten baulichen Zustand auf dem Stadtgebiet geht es beim Ausbau, über welchen wir mit diesem Geschäft befinden, um die Erstellung eines definitiven Kreisels beim Altweg und eines neuen Kreisels bei der Kreuzung Bahnhofstrasse-Laubgasse. Weiter soll die Fahrbahn um zwei Meter auf

neu acht Meter verbreitert werden, womit die Erstellung von Radstreifen in beiden Fahrrichtungen ermöglicht wird. Das Eintreten auf dieses Geschäft war in der GPK unbestritten.

**Gemeinderat Lukas Hefti, Referent der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO:** Unsere Fraktion ist für Eintreten. Wir weisen aber darauf hin, dass der Zeitpunkt für die Behandlung dieses Geschäfts an jeder Sitzung dieses Jahres besser gepasst hätte.

**Gemeinderat Christoph Regli, Referent im eigenen Namen:** Ich beantrage Nichteintreten. Mit den beiden Kreiseln wird eine tagesaktuelle Meinung in Stein gemeisselt – oder was hier vielleicht besser passt: in Beton. Mir ist auch klar, dass ein grosser Umfahrungsausbau noch Jahrzehnte nicht in Sicht ist, die ein, zwei oder vier Millionen darin entsprechend Peanuts wären und der Rückbau auch problemlos integriert werden könnte. Entsprechend müssen wir die Strassen dennoch zeitnah unterhalten und allenfalls ausbauen. Ich sehe hier im konkreten Fall aber einige grosse Aber. Wir haben uns schon verschiedentlich über Strassen, Einbahnstrassen und Kreisel unterhalten. Für mich waren und sind die Ergebnisse zu uneindeutig, als dass ich dieses Geschäft jetzt behandeln möchte.

Bei der Antwort zum Einbahnkonzept bin ich der Meinung, dass der Einbahnring zwar verworfen wurde, einzelne Einbahnelemente aber ernsthaft geprüft werden könnten. Für mich ist das vorliegende Geschäft je nach Prüfungsergebnis allenfalls ein grosser Fehler. Also müssen wir diese Antwort abwarten. Bei der Antwort zum Lindenspitz und im Zusammenhang mit der Stadtentwicklung im Schlüsselbericht Innenstadt wurde auf die Probleme für Fussgänger und Radfahrer bei Kreiseln hingewiesen. Dies scheint mir hier plötzlich nicht mehr der Fall zu sein oder willkürlich anders gewichtet worden zu sein.

Ich überlasse es Ihnen, ob es genügend griffig ist, um diskutierbar oder angreifbar zu sein. Das wird sich weisen. Der Stadtrat wird sich jedenfalls mit den Vernehmlassungsantworten auseinandersetzen. Ich erwarte spätestens dann zumindest bei der Frage, wie wir mit der Problematik Fussgänger, Radfahrer, Kreisel, Fussgängerstreifen, Radwege in der Stadt einheitlich umgehen wollen, eine Antwort. Auch ohne diese Antwort kann ich mich nicht für die Beratung des vorliegenden Kreditbegehrens erwärmen.

Natürlich schätze ich ein gutes Einvernehmen mit dem Kanton. Ich bin aber überzeugt, dass er die Frauenfelder Antworten ernst nimmt und sogar einen grossen Beitrag zu guten Antworten leisten wird. Dann werden wir ihm bei Bedarf auch das Land der Stadt zur Verfügung stellen, damit er seine oder unsere Kreisel bauen kann. Ich hoffe, es geht Ihnen ebenso und Sie unterstützen meinen Antrag auf Nichteintreten.

#### **Abstimmung über Antrag Regli:**

Der Antrag von Gemeinderat Christoph Regli auf Nichteintreten wird mit 5 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

### **MATERIELLE BERATUNG**

**Gemeinderat Michael Lerch, Referent der GPK Bau, Werke, Anlagen:** In der Beratung des Geschäfts wurden verschiedene Fragen aufgeworfen, auf welche ich in der Folge kurz eingehen möchte.

Die Frage, wieso an der Kreuzung Laubgasse-Bahnhofstrasse ein Kreisell erstellt werden muss, kann wie folgt beantwortet werden: Bei dieser Kreuzung werden in der Unfallstatistik des Kantons unverhältnismässig viele Unfälle verzeichnet. Diese Aussage erstaunte die meisten GPK-Mitglieder. Ebenso erstaunt über diese Zahlen war auch der Amtsleiter Tiefbau und Verkehr Thomas Müller. Das Unfallbild zeigt vor allem Unfälle von Linksabbiegenden. Es handelt sich glücklicherweise vorwiegend um leichtere Unfälle mit Blechschäden.

Es wurden auch Fragen zum Landerwerb, welcher für den Strassenbau notwendig ist, aufgeworfen. Die Kosten für den Landerwerb sind im Gesamtkredit eingerechnet und die Landverhandlungen werden durch das kantonale Tiefbauamt geführt.

Im Projekt wurde auch die Murgbrücke integriert. Daher wurde die Frage aufgeworfen, ob durch die Erstellung des Radstreifens auch die Brücke verbreitert werden müsse. Dies wurde von Thomas Müller verneint. Im Bereich der Brücke wird man einzig die Änderung machen, dass der Velofahrer auf Strassenniveau fährt, also so, wie anschliessend auch auf dem weiteren Ausbau und nicht erhöht, wie das heute der Fall ist.

Die Kreisellgestaltung war auch Anlass von Fragen. Ein GPK-Mitglied erkundigte sich über die Kreisellgrösse. Hier wurde von Thomas Müller erklärt, dass es sich bei beiden Kreiseln um Grössen handelt, welche der Norm entsprechen, das heisst zwischen 26 und 36 Meter. Der Kreisell Altweg wird einen Aussendurchmesser von 30 Metern und jener bei der Laubgasse von 28 Metern aufweisen. Damit der Schwerverkehr in den Kreiseln weniger Schäden am Belag verursacht, werden die Kreisell als Betonkreisell erstellt. Die Mitte der Kreisell soll einfach und zweckmässig gestaltet werden. Vorbehalten bleiben Gestaltungen, welche von Firmen, Vereinen oder Privatpersonen gesponsert werden. Dabei darf die Funktionalität natürlich nicht beeinträchtigt werden.

Die GPK stimmte dem Antrag der Botschaft Nr. 6 einstimmig zu und empfiehlt dem Gemeinderat, dasselbe zu tun.

**Gemeinderat Philipp Geuggis, Referent der Fraktion FDP:** Die Fraktion FDP hat die Botschaft zum Kreditbegehren für den Ausbau der Bahnhofstrasse im Abschnitt Laubgasse bis Altweg intensiv beraten. Es war in unserer Fraktion unbestritten, dass diese Strasse dringend saniert werden muss, weil der Zustand der Fahrbahn offensichtlich miserabel ist. Auch die Werkleitungen, welche bereits repariert werden mussten, sind dringend zu erneuern. Ob allerdings ein Ausbau im geplanten Ausmass notwendig ist, wurde infrage gestellt. Genau bei diesem Strassenabschnitt befindet sich der neue Veloweg in unmittelbarer Nähe, sodass die Begründung im Projektbeschrieb, dass der Ausbau zugunsten des Langsamverkehrs erfolgen soll, deutlich an Gewicht verliert.

Ebenfalls zu reden gab der geplante Kreisell im Bereich Laubgasse, der den Verkehrsfluss auf der Bahnhofstrasse behindern wird. Zudem gab es Befürchtungen, dass durch die vereinfachte Einfahrt aus der Laubgasse in die Bahnhofstrasse die Laubgasse vermehrt mit Schleichverkehr belastet würde.

Nach ausführlicher Diskussion kam die Fraktion FDP aber zum Schluss, dass der geplante Ausbau Sinn macht. Auch wenn die Begründung für die Verbreiterung der Strasse beim Langsamverkehr liegt, profitiert auch der motorisierte Verkehr davon. Ob der notwendige Landerwerb in Zukunft auch noch möglich wäre, ist ungewiss, sodass die Gelegenheit genutzt werden sollte. Die Begründung, dass der Kreisell im Bereich der Laubgasse die Verkehrssicherheit erhöhen soll, ist

schlüssig und überzeugte die Mehrheit der Fraktionsmitglieder. Aus diesen Gründen wird die Fraktion FDP dem beantragten Kredit für den schlussendlich sehr teuren Strassenabschnitt geschlossen zustimmen.

**Gemeinderätin Christa Zahnd, Referentin im Namen der Fraktion SVP/EDU:** Unsere Fraktion sieht dem Ausbau der Bahnhofstrasse positiv entgegen. Das tägliche Verkehrsaufkommen ist hoch und dieser Strassenabschnitt dient als wichtige Pendlerachse für den Fuss- und Veloverkehr zum Stadtzentrum und Bahnhof. Nachdem die dringende Sanierung mehrfach verschoben wurde, sehen wir es als richtig an, dieses Projekt nun anzugehen, zumal auch die Kanalisationsleitungen ersetzt und die sanierungsbedürftigen Wasser-, Gas- und Elektrizitätsleitungen erneuert werden müssen.

**Gemeinderat Lukas Hefti, Referent der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO:** Die Bahnhofstrasse ist ein Flickenteppich. Belagsarbeiten sind dringend nötig, das lässt sich sogar als Nichtfachmann und Nichtfachfrau bei einer selbstständigen Besichtigung unschwer feststellen. Wir wollen unbedingt vermeiden, dass dieses Geschäft nochmals um ein Jahr verschoben wird. Die GPK Bau, Werke, Anlagen hat sich zwar noch nicht abschliessend dazu geäussert, aber die Sanierung und Instandhaltung des Strassennetzes muss rhythmisiert werden, damit wir nicht eines Jahres vor einem riesigen Investitionsberg stehen. Aufschieben geht nicht. Wir sind überzeugt, dass auch der zweite Kreisel auf dieser kurzen Strecke Sinn macht und dass die Übersicht im Kreisel Altweg noch verbessert werden muss. Abgesehen davon lohnt sich hier die Sanierung so richtig, weil in einem Aufriss alle unterirdischen Leitungen sowie die Strasse mit Trottoir und Fahrradstreifen instand gestellt werden können.

Zum Thema Kantonsstrassen bleibt nur zu sagen, dass wir uns als politische Gemeinde mehr Autonomie wünschen bezüglich Festlegung von Tempo-30-Zonen innerhalb des Gemeindegebiets. Wir erwarten diesbezüglich vom Stadtrat eine klare Verhandlungslinie und wer weiss, vielleicht äussert sich auch mal der eine oder andere anwesende Kantonsrat/Kantonsrätin in einer Debatte dazu. Unsere Fraktion stimmt dem Antrag zu.

**Gemeinderat Heinrich Christ, Referent im eigenen Namen:** Da ich anlässlich der Fraktions-sitzung erkrankt war, spreche ich im eigenen Namen, weiss aber, dass einige meiner Fraktionskollegen und vielleicht auch einige von Ihnen weiteren Kollegen im Gemeinderat mit mir einer Meinung sind.

Es ist sicher richtig, dieses Strassenstück, von dem wir sprechen, zu sanieren. Und es ist sicher auch richtig, dabei an die Velofahrer zu denken. Für mich stellt sich aber die Frage, ob eine Verbesserung der Situation für die Velofahrer nicht ohne die unsägliche Verbreiterung der Strasse möglich wäre. Ich sehe nicht ein, warum man hier – es sind ja nur wenige Hundert Meter zwischen zwei Kreiseln – die Strasse um zwei Meter verbreitern muss, nur damit alle Autos schnell auf 50 km/h beschleunigen können. Ich bin überzeugt, es gibt platzsparendere Lösungen, auch günstigere Lösungen für ein sicheres Nebeneinander. Und ich bin überzeugt, künftig müssen wir in solchen Situationen anders denken und anders planen. Ich möchte keine solchen Planungen mehr sehen. Ich weiss, es sind noch andere, die so denken. Es geht um unsere Ressourcen. Ich schaue euch alle an. Es geht um das Land, das wir verbauen, den Boden, den wir versiegeln, und es geht auch um das Geld. Es ist eine teure Lösung, über die wir heute sprechen. Ich denke, auch im Hinblick auf die Diskussionen zum Verkehrskonzept, hier braucht es noch viel Umdenken, vor allem auch seitens des Kantons. Egal, ob wir das Projekt ablehnen oder ihm zustimmen, bitte ich bei der Umsetzung, dass man im Detail versucht, bescheiden zu bleiben und möglichst viele dieser alten Gärten zu erhalten.

**Gemeinderat Andreas Elliker, Referent im eigenen Namen:** Als Interpellant der Lindenspitzlösung stellen sich mir einige Fragen. Bei der ganzen Bearbeitung des Lindenspitzes wurde ein Papierpapagei hergestellt. Dieser Papierpapagei gab heraus, dass eine Lösung ein Kreisel von der Zürcherstrasse, Oberkirch und Kreuzplatz grosse Nachteile für die Fussgänger gäbe, weil sie eine weitere Strecke laufen müssten, und ein grösseres Risiko für die Velofahrer. Die Verkehrssicherheit der Velofahrer würde dadurch verschlechtert. Nun machen wir an der Bahnhofstrasse zwei solche Kreisel. Aus meiner Sicht schliesse ich daraus, dass dieser Kreisel beim Lindenspitz, also bei der Einmündung Oberkirch, Kreuzplatz, Zürcherstrasse möglich wäre.

**Gemeinderat Benjamin Stricker:** Ich möchte zu Gemeinderat Christ noch betonen, Sanierung von Strassen und Werkleitungen ist für mich auf diesem Abschnitt unbestritten. Dass der Kreisel Murgplatz ein Sicherheitsdefizit aufweist, insbesondere was die Übersicht angeht, ist für mich auch unbestritten. Das sind Elemente dieses Projekts, die ich sehr gut nachvollziehen kann. Was ich nicht nachvollziehen kann, ist, dass man die Strasse verbreitert auf einem sehr kurzen Abschnitt, dass man einen Kreisel baut bei einem angeblichen Unfallschwerpunkt. In der Begründung hat sich das für mich eher so angehört, dass man dort einen Kreisel plant und zufälligerweise später gemerkt hat, dass es auch noch einen Unfallschwerpunkt gibt. Meines Erachtens muss die Planung andersherum laufen. Auch verstehe ich nicht, weshalb man auf der Murgbrücke den Radweg anpasst. Ich weiss zwar nicht, was das kostet, das Niveau des Radwegs um zehn Zentimeter zu reduzieren, damit die Velofahrer auf gleichem Niveau wie die Autos fahren. Ich als Velofahrer schätze es, ein bisschen erhaben zu sein dort. Das verstehe ich auch nicht. Deshalb meine Bitte: Dieses Projekt stammt aus dem Jahr 2013, damals wurde die Finanzlage der Stadt noch ein bisschen besser beurteilt als heute, deshalb meine Bitte an Sie, liebe Mitarbeitende und Projektleitende in den Tiefbauämtern, die da zuständig sind, machen Sie dieses Projekt, auch wenn wir es heute bewilligen, doch billiger, indem Sie den Kreisel an der Laubgasse noch einmal genau prüfen, ob der nötig ist und ob es Sinn macht, auf diesem Abschnitt einen Radweg zu machen und ob es Sinn macht, auf der Murgbrücke diese Anpassungen zu machen. Ich bin überzeugt, der Stimmbürger und Steuerzahler hat Freude, wenn ein Projekt einmal eine halbe Million billiger wird als teurer.

**Stadtrat Urs Müller:** Würde die Bahnhofstrasse sprechen können, so hätte sie doch einige Geschichten zu erzählen. Die letzten nachzulesen in den Gemeinderatsprotokollen der letzten beiden Budgetsitzungen. Vielleicht würde sie auch jammern aufgrund des Zustands und auch ihrer Eingeweide. Aber verlassen wir dieses Bild wieder.

Zuerst zum Zeitpunkt zu Gemeinderat Hefti: Der Zeitpunkt ist klar gewählt, weil wir schon längst unter Druck sind, diese Bahnhofstrasse zu sanieren, das Projekt schon lange ausgearbeitet ist, der Kanton grundsätzlich federführend ist, wir aber aufgrund des Gemeindeparlaments die Situation, die Klärung mit der Einbahnstrasse bzw. Einbahnstrassenkonzept abgewartet haben, dieses auch abwarten mussten. Jetzt, da Klarheit herrscht, ist dies der erstmögliche Zeitpunkt, diese Vorlage zu bringen. Deshalb dieser Zeitpunkt.

Dann zu Gemeinderat Regli betreffend Einbahn. Es liegen zwei Fachberichte vor, die zu einem ganz klaren Schluss kommen, was dieses Einbahnkonzept anbelangt. Wir haben selten Berichte, die solche Klarheit bringen. Mit dieser Haltung würden wir die nächsten 15 Jahre gar nichts mehr bauen. Ich weiss nicht, ob das im Sinn des Rats ist.

Zum Thema Verbreiterung zu Gemeinderat Christ: Um die Möglichkeit zu bewahren, die Altstadt einst zu entlasten, ist es nicht möglich, auch noch die Bahnhofstrasse zu beschränken. Es handelt sich im bestehenden Netz um eine Hauptverkehrsstrasse. Ziel-, Quellverkehr und damit

auch Zu- und Anlieferung müssen auf einer Achse möglich sein. Mit den Kreiseln wollen wir erreichen, dass der Verkehr gebremst wird. Sicherheit ist das Thema. Gebremst und verflüssigt. Das sollen die Kreisel bewirken. Eine weitere Einschränkung auf dieser Achse halte ich im Gesamtsystem als nicht zielführend. Die Verbreiterung soll in erster Linie der Sicherheit für den Langsamverkehr dienen. Es wurde aber auch gesagt, es dient selbstverständlich auch dem motorisierten Individualverkehr, wenn das nebeneinander so besser funktioniert. Es geht auch nicht darum – das ist auch nachzulesen – nur dieses Teilstück zu sanieren, dass da auf kurzer Distanz auf 50 beschleunigt werden können soll, sondern die Bahnhofstrasse bis zum Talbachplatz. Uds wir wollen auch dort eine Verbesserung für den Langsamverkehr erreichen. Wir sprechen heute aber nur über diesen ersten Abschnitt.

Auf eine andere Lösung, statt Verbreiterung Temporeduktion auf der Durchgangssachse Ost-West wird der Kanton wohl nicht eingehen. Es wäre blauäugig, das zu erwarten. Ich kann aber versichern, wir sind am Thema "Tempo 30 auf Kantonsstrassen" dran.

Zuletzt noch zu Gemeinderat Elliker betreffend Lindenspitz: Man kann natürlich nicht nur ein Kriterium aus einer Gesamtwertung heranziehen. Es ist klar, für den Fussverkehr ist es nicht unbedingt förderlich, um den Kreisel gehen zu müssen, das ist richtig, dafür gibt es eine Menge andere Vorteile, wie wir im Lindenspitz aufgezeigt haben.

Wir haben auch den Richtplan, an den sich der Stadtrat zu halten hat, wir haben die Massnahme Langsamverkehr LV 1.5, Radstreifen Bahnhofstrasse, dort ist die gesamte Grundlage über das, was wir heute hier diskutieren und zu befinden haben. Ich bitte Sie deshalb, diesem Antrag wie in der Botschaft beschrieben zuzustimmen.

**Abstimmung:**

Der Antrag des Stadtrats auf Seite 6 der Botschaft vom 20. Oktober 2015 wird mit 28 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

**34**

**BUDGET DER STADT FRAUENFELD, DER WERKBETRIEBE UND DES ALTERSZENTRUMS PARK FÜR DAS JAHR 2016 (INKL. KENNTNISNAHME FINANZPLAN 2017 BIS 2019 DER STADT FRAUENFELD, DER WERKBETRIEBE UND DES ALTERSZENTRUMS PARK GEM. ANTRAG 5 DER BOTSCHAFT)**

**Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel:** Uns stehen folgende Unterlagen zur Verfügung:

- Botschaft Nr. 3 Budget der Stadt Frauenfeld für das Jahr 2016
- Botschaft Nr. 31 Voranschlag der Werkbetriebe der Stadt Frauenfeld für das Jahr 2016
- Botschaft Nr. 3b Budget des Alterszentrums Park für das Jahr 2016

Der Budgetordner wurde uns termingerecht zugestellt. Der Voranschlag umfasst die Register 1 bis 8, welche gemäss dem Rechnungsmodell HRM2 vorliegt. Ebenso stehen zu unserer Verfügung:

- Protokoll der GPK Finanzen und Administration der 3. Sitzung vom 25. November 2015
- Protokoll der GPK Bau, Werke, Anlagen der 3. Sitzung vom 26. November 2015
- Protokoll der GPK Gesellschaft und Gesundheit der 2. Sitzung vom 23. November 2015.

Ich schlage Ihnen folgendes Vorgehen vor: Wir beginnen wie üblich mit der Eintretensdebatte, danach folgt die materielle Beratung, anschliessend stimmen wir über die Anträge einzeln ab. Voten, die grundsätzliche oder allgemeine Meinungen wiedergeben und welche keinen Antrag zu einer Kontogruppe bzw. einem Konto beinhalten, können in einer ersten Runde nach dem Eintreten eingebracht werden. Die restlichen Voten bitte ich Sie, direkt bei den entsprechenden Kontostellen anzubringen. Nach dem Eintreten kommen wir zu den einzelnen Departementen. Wir besprechen als erstes die Erfolgsrechnung in Register 3, danach die Investitionsrechnung in Register 2. Als erster wird jeweils der entsprechende GPK-Sprecher das Wort erhalten, gefolgt von jeweiligen Fraktionssprechern, anschliessend ist das Wort für alle Ratsmitglieder offen. Die Beratung nach Departementen hat sich bewährt. Innerhalb der Departemente werde ich die einzelnen Seiten zur Diskussion stellen. Eventuelle Anträge können dann direkt zu den einzelnen Konten gestellt werden. Danach werden die Werkbetriebe und das Alterszentrum Park und die weiteren Register besprochen, gefolgt vom Finanzplan 2017-2019 der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park, bevor wir über die einzelnen Anträge abstimmen. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Das ist schön, somit erfolgt Eintreten.

## EINTRETEN

**Gemeinderat Peter Hausammann, Referent der GPK Finanzen und Administration:** Die GPK Finanzen und Administration hat sich in der Eintretensdebatte auf die Stadtverwaltung konzentriert. Das liegt traditionell wohl daran, dass wir nur in diesem mehrheitlich steuerfinanzierten Bereich über Steuerpolitik und Steuerfuss diskutieren können. Vielleicht aber auch daran, dass die Werke ja ohnehin im Geld schwimmen. Ich beschränke mich deshalb dieses Jahr beim Eintreten auf die Stadtverwaltung. Ich äussere mich zu den Rechnungsergebnissen, den finanzpolitischen Zielsetzungen des Stadtrats, zu zwei Punkten der Rechnungslegung und zum Finanzplan.

Die Stadt budgetiert die drei Rechnungsergebnisse Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung und Gesamtrechnung praktisch gleich wie im letzten Jahr. Erfolgsrechnung -1,67 Mio. Franken, letztes Jahr -1,65 Mio. Franken, Investitionsrechnung 15,64 Mio. Franken, das ist hoch, aber praktisch gleich wie letztes Jahr mit 16 Mio. Franken Gesamtrechnung bzw. Finanzierung hoher Finanzierungsfehlbetrag 12,96 Mio. Franken, ebenfalls praktisch gleich wie letztes Jahr mit 13,1 Mio. Franken. Somit kann ich das Bonmot von Kollege Lerch wiederholen: Das Budget der Stadtverwaltung präsentiert sich alles andere als gut, aber nicht aussichtslos.

Konkret zur Erfolgsrechnung: Niemand hat Freude an einem Defizit. In der Kommission fielen etwa Voten wie „etwas Schlechtes“ oder „das Budget muss wieder ins Lot gebracht werden“. Die GPK ist grossmehrheitlich der Auffassung, dass 1. Der Stadtrat nachvollziehbar erklärt hat, warum trotz Sparmassnahmen dieses Minus von 1,67 Mio. Franken resultiert und 2. Das Defizit nochmals verkraftbar ist, primär dank des sehr hohen Eigenkapitals.

Zur Investitionsrechnung: Hier hinterfragt die GPK die Aussage des Stadtrats, die Nettoinvestitionen seien etwa doppelt so hoch wie in den vergangenen zehn Jahren. Im Budget sind rund 15,6 Mio. Franken eingestellt. Der Ausführungsgrad ist aber nie 100 Prozent. Im Durchschnitt liegt er nicht einmal bei 80 Prozent. 2015 sind es nicht einmal 50 Prozent. Wenn man deshalb beispielsweise 75 Prozent vom budgetierten Betrag nimmt, wäre man für 2016 bei 11,7 Mio. Franken. In den letzten vier Rechnungsjahren Nettoinvestitionen inklusive Spezialfinanzierung liegt der Durchschnitt bei 11,15 Mio. Franken. Damit haben wir im Vergleich zu den letzten vier Jahren keinen grossen Unterschied.

Zur Gesamtrechnung, die ja anzeigt, ob wir einen Finanzierungsüberschuss oder einen Finanzierungsfehlbetrag haben: Ein Fehlbetrag von 13 Mio. Franken bedeutet, dass wir viel zu wenig Erträge haben, um die Investitionen zu einem angemessenen Teil selber zu finanzieren. Die Selbstfinanzierung ist viel zu tief. Das zeigt sich dann deutlich bei den einschlägigen Finanzkennzahlen.

Die Kommission begrüsst, dass der Stadtrat konkrete finanzpolitische Zielsetzungen formuliert hat. Seine Hauptaussage lautet:

1. Ein Bilanzüberschuss von 40 Mio. berechnet wie folgt: Kreditlimite gemäss Reglement Bodenpolitik, das sind 25 Mio. plus halber jährlicher Steuerertrag ist genügend. Zum Vergleich: Aktuell haben wir rund 70 Mio. Franken.
2. Ein jährliches Defizit darf nicht über 2 Mio. Franken sein. Das sind aktuell rund 3,6 Steuerprozent.
3. In diesem Rahmen kann der Steuerfuss stabil gehalten werden. Das heisst, er muss nicht erhöht werden.

Die GPK ist mit dieser Hauptaussage im Grundsatz grossmehrheitlich einverstanden, macht aber drei Vorbehalte:

1. Die Bezugnahme auf die Kreditlimite des LKK sollte berücksichtigen, dass die 25 Mio. Franken angesichts der Bedeutung einer guten städtischen Bodenpolitik für Gewerbe, Industrie und Private sowie angesichts der massiv gestiegenen Bodenpreise heute eher bescheiden ist. Wenn man vorsorglich eine Kreditlimite von 40 Mio. Franken absichern will, kommt man auf eine untere Grenze des Bilanzüberschusses von rund 55 Mio. Franken.
2. Der Stadtrat weist zu Recht darauf hin, dass man nicht einseitig nur das Nettovermögen im Auge haben darf. Gleiches muss aber auch für das Eigenkapital bzw. den Bilanzüberschuss gelten. Die GPK ersucht den Stadtrat, den Blickwinkel zu erweitern und zusätzliche konkrete finanzpolitische Ziele zu setzen. Insbesondere darf man beim Nettovermögen nicht von einem Extrem ins andere fallen. Die Schuldensituation darf keinesfalls vernachlässigt werden.
3. Das kumulierte Ergebnis der Erfolgsrechnungen muss innert acht Jahren ausgeglichen sein. An diese kantonale Vorgabe zur Wahrung des Haushaltsgleichgewichts müssen auch wir uns halten.

Die Kommission hat sodann zwei Punkte zur Rechnungslegung aufgegriffen: Bei einem budgetierten ausserordentlichen Aufwand von rund 1 Mio. Franken handelt es sich um zusätzliche Abschreibungen von spezialfinanzierten Investitionen. Das widerspricht dem Handbuch der Finanzdirektorenkonferenz und der interkantonalen Koordinationsgruppe HRM2, die empfehlen, keine zusätzlichen Abschreibungen vorzunehmen. Der Grund liegt darin, dass solche Abschreibungen die Nutzungsdauer bzw. die Abschreibungsquote verändern und damit dem Grundsatz der Abschreibung gemäss Wertverzehr widersprechen. Trotzdem sind zusätzliche Abschreibungen gemäss dem massgebenden kantonalen Recht zulässig, wenn der Rechnungsabschluss nicht negativ ist und eine entsprechende kommunale Regelung besteht. Budgetiert ist nun zwar ein

Defizit, wir wissen es zur Genüge, der Stadtrat argumentiert indessen damit, weil die Spezialfinanzierung selber als eigenständige Rechnung innerhalb der defizitären Gesamtrechnung einen Überschuss aufweise, dürfe aus diesem Überschuss der Spezialfinanzierung zusätzlich abgeschrieben werden. Dieser Argumentation kann man sich durchaus anschliessen. Allerdings bleibt das Fragezeichen in fachlicher Hinsicht.

Etwas gar salopp ist die Aussage in der Botschaft, die Werkbetriebe und das AZP unterständen den Rechnungslegungsstandards von HRM2 nicht. Richtig ist, dass Werke und AZP in zwei zentralen Bereichen von diesen Standards abweichen dürfen: Kontenplan und Abschreibungen. Das ist meines Erachtens das Entscheidende für diese beiden Betriebe. Abgesehen von diesen beiden gewichtigen Ausnahmen sprechen fachliche und rechtliche Gründe für den HRM2-Standard. Wir wollen ja möglichst realitätsnahe Abschlüsse gemäss dem Grundsatz True and fair View. Es geht dann nach diesen Ausnahmen im Wesentlichen um die Grundsätze, die Begriffsdefinitionen, die Inhalte von Finanzplan und Budget sowie Jahresrechnung, die Vorgabe für Spezialfinanzierungen, Erneuerungsfonds, Vorfinanzierungen, das Kreditrecht und die Haushaltskontrolle. Unser Rat ist auf eine möglichst transparente Rechnungslegung angewiesen, um beispielsweise prüfen zu können, ob die Gebühren angemessen, zu hoch oder zu tief sind. Ich glaube aber, dass das für Werke und AZP kein Problem darstellen sollte. Die rechtliche Seite ist klar. Das kantonale Recht sieht eine Dispensationsmöglichkeit nur für selbstständige Anstalten vor. Das sind die Werke und das AZP gerade nicht. Das Argument mit der Gemeindeordnung funktioniert nicht, weil das kantonale Recht dem Gemeinderecht vorgeht. Die GPK wird das mit dem Stadtrat nochmals diskutieren, um auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen.

Wenn Sie nun nach etwa sieben bis acht Minuten etwas unruhig werden, bedenken Sie bitte, dass Sie diesmal nur ein Eintretensvotum der GPK hören und nicht mehr zwei wie früher.

Ich komme damit zum Finanzplan: Zu den mit dem Finanzplan zusammenhängenden finanzpolitischen Zielen habe ich mich bereits geäussert. Die Planinvestitionsrechnungen basieren auf der konkreten Mittelfristplanung der Ämter bzw. Departemente. Die Planerfolgsrechnungen sind dem gegenüber im Wesentlichen Hochrechnungen des Budgets mit einzelnen Inputs aus dem Ämtern. Um die Aussagekraft der Erfolgsrechnung zu erhöhen, ermuntert die GPK die Departements- und Amtschefs, für die einzelnen Finanzplanjahre vermehrt oder gar systematisch ihre konkreten Beratungen einzubringen. Ein gutes Beispiel dafür ist das Steueramt mit der Unternehmenssteuerreform 3 im Planjahr 2019.

Die geplanten Investitionsvolumina bleiben mit rund 14, 9 und 13 Mio. Franken hoch, wenn auch unter dem Niveau des aktuellen und des letzten Budgetjahrs und mit einem Knick 2018. Dabei muss berücksichtigt werden, dass angesichts des tiefen Ausführungsgrads 2015 von unter 50 Prozent, den der Stadtrat vor allem auf die späte Genehmigung des Budgets zurückführt, über 8 Mio. Franken aus dem Jahr 2015 nach hinten geschoben werden. Die Investitionen können nicht einfach beliebig zurückgefahren werden. Jedenfalls dann nicht, wenn wir 1. Mit dem Stadtrat am Anspruch auf eine Hauptstadtinfrastruktur in gutem Zustand festhalten wollen und 2. Am Prinzip des antizyklischen Verhaltens, das in der Ära Bachofner erfolgreich eingeführt und vom Stadtrat auch in dieser Botschaft ausdrücklich bekräftigt wurde. Die Erfolgsrechnungen mit geplanten Defiziten von rund 2, 1,4 und 1,8 Mio. Franken enthalten im letzten Planjahr eine Erhöhung des Steuerfusses um drei Prozent. Nur so kann die besprochene finanzpolitische Zielsetzung eingehalten werden. Allerdings die Budget- und Planzahlen der Jahre 2015-2019 ergeben für diese fünf Jahre ein kumuliertes Defizit von bereits 8,5 Mio. Franken. In Bezug auf das Haushaltgleichgewicht innert acht Jahren würde das bedeuten, dass in den folgenden drei Jahren 2020-2022 im Durchschnitt ein Plus von je rund 2,8 Mio. Franken resultieren müsste.

Fazit: Die Rechnung ist nicht ausgeglichen und wird erst mittelfristig wohl ohne Kraftakt auf der einen oder anderen oder auf beiden Seiten auch nicht sein. Das budgetierte Defizit ist absolut und relativ, bezogen insbesondere auf das Eigenkapital, aber auch auf Umsatz, Einnahmen, Steuererträge und das Nettovermögen tragbar, zumal immer wieder Gewinne aus Grundstücksverkäufen hereinkommen, die traditionell nicht budgetiert sind. Aber beliebig fortschreiben wollen und dürfen wir ein solches Budget nicht. Damit komme ich zum Schluss.

Die GPK Finanzen und Administration hat von den Finanzplänen der Stadtverwaltung und der Werke und des AZP Kenntnis genommen (Antrag 5 des Stadtrats), hat dem Antrag 1 betreffend die Besoldung einstimmig und dem Antrag 2 betreffend das Budget der Stadtverwaltung mit 6 zu 1 Stimmen zugestimmt.

**Gemeinderat Peter Wildberger, Referent der Fraktion CH/Grüne/GLP:** Wir danken dem Stadtrat, den Finanzchefs und Verwaltungen der Stadt, der Werke und des AZP für das sorgfältig erstellte Budget 2016. Es wurde uns rechtzeitig zugestellt und zeigt auch bei genauerer Prüfung einen haushälterischen und sinnvollen Umgang mit den Finanzen. Es weist gegenüber dem Budget 2015 keine sehr grossen Veränderungen auf, Mehrausgaben für den Stadtbus und im Sozialbereich waren zu erwarten. Auf drei Punkte möchten wir näher eingehen:

1. Die Einnahmen der Stadt stimmen nicht mit den Ausgaben überein. Jahr für Jahr wird nun ein Defizit geschrieben. Es besteht ein strukturelles Defizit spätestens seit der letzten Steuerfussenkung, die klar eine zu viel war. Darum schmilzt unser Nettovermögen viel zu schnell einfach so weg. Dies wäre im Prinzip nur in folgenden Fällen zulässig:
  - a) Wenn mit den Ausgaben Jahrhundertprojekte ausgeführt würden.
  - b) Wenn im Sinne antizyklischen Verhaltens in einer Wirtschaftskrise einheimische Unternehmen mit Zusatzaufträgen gestützt werden müssten, um sie über Wasser zu halten. Beides liegt nicht vor. Die Investitionen betreffen üblichen baulichen Unterhalt der Strassen und Gebäude und Ersatz von zum Beispiel Feuerwehrfahrzeugen, aber keine Leuchtturmprojekte, die unsere Stadt wirklich von der Umgebung abheben lassen würden.
2. Finanzkennzahlen: Aufgrund unserer sich wiederholenden Ausgabenüberschüsse stehen einige früher als Leitlinien geltende Finanzkennzahlen wie Selbstfinanzierungsgrad und Selbstfinanzierungsanteil auf Tiefrot und das Nettovermögen, das noch vor Kurzem 52 Mio. Franken betrug und die Zielgrösse 15 Mio. Franken hatte, rutscht rasant ins Minus. In dieser Situation klammert sich der Stadtrat an die Finanzkennzahl Eigenkapital, die noch immer schön überdurchschnittlich ist und vorerst so bleiben wird. Dieses Eigenkapital ist zu einem grossen Teil in Form von neu sanierten Strassen und Gebäuden in unseren Büchern und damit nicht verfügbar. Soll das Eigenkapital wirklich der einzige Gradmesser für unser Tun und Lassen sein? Eine umsichtige Finanzpolitik heisst auch, Flüssiges in der Stadtkasse zu haben. Wir denken, dass zusätzlich das Nettovermögen und der Selbstfinanzierungsgrad Schlüssel sein sollen für unsere Entscheide, und schlagen vor, dass wenn das Nettovermögen unter 10 Mio. Franken sinkt oder der Selbstfinanzierungsgrad mehr als vier Jahre unter 80 Prozent bleibt, der Steuerfuss erhöht werden soll. Schliesslich streben wir einen mittelfristig ausgeglichenen Finanzhaushalt an, wie das übrigens ausdrücklich vom Kanton vorgeschrieben ist, und es ist nicht gut, sich in den gegenwärtigen Steuerfuss zu verbeissen, wenn wichtige Fakten dagegen sprechen.
3. Prioritäten setzen bei den Investitionen: Der Stadtrat macht es sich zu einfach, wenn er uns auf unser Anliegen des Prioritätensetzens antwortet: Alle Vorhaben im Budget hätten ohnehin erste Priorität. Was einer medizinischen Notfallstation oft lebensrettend sowie bei Rating-Agenturen und Energieeffizienzklassen üblich ist, nämlich dass die erste Priorität weiter unterteilt wird, soll auch der Stadtrat mit seinen geplanten Investitionen tun. Sie in erste

Priorität +, erste Priorität++ und erste Priorität +++ unterteilen. Es wäre auch eine Überlegung wert, jeweils ein Reserveprojekt zusätzlich aufzuführen und vorzubereiten, das nur ausgeführt wird, wenn andere vorgesehene Investitionen blockiert sind. Damit könnten die Aufträge an die Bauwirtschaft und an die städtischen Werke ausgeglichener gestaltet werden. Gleichzeitig könnte damit die Budgetgenauigkeit verbessert werden. Neben den Landverkäufen ist es immer wieder der Ausführungsgrad der budgetierten Investitionen, der zu den grössten Abweichungen in der Rechnung gegenüber dem Budget führt.

Die Fraktion CH/Grüne/GLP ist für Eintreten.

**Gemeinderätin Ursula Duewell, Referentin der Fraktion FDP:** Zuerst möchten wir uns beim Stadtrat und den verantwortlichen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park für die geleistete Arbeit bedanken. Die Informationen sind kompakt aufbereitet, trotzdem sind sie ausführlich. Die Botschaft an den Gemeinderat ist informativ. Ein spezieller Dank geht auch dieses Jahr an den Leiter der Finanzabteilung Reto Angern. Die Umstellung auf HRM2 forderte einige Anpassungen beim Kontenplan, die einen Vergleich mit dem Vorjahresbudget erschweren. Unseres Erachtens wird es erst möglich sein, konkrete Aussagen über die einzelnen Posten und vor allem über die Finanzkennzahlen zu machen, wenn die Rechnung 2015 vorliegt. Der hohe Anteil der gebundenen, nicht von der Stadt beeinflussbaren Ausgaben macht es schwierig, die gewünschten Einsparungen vorzunehmen. Aufgrund des hohen Finanzüberschusses aus den Vorjahren ist das aktuell budgetierte Defizit von 1,7 Mio. Franken zu verkraften. Aber langfristig ist ein ausgeglichenes Budget anzustreben. Dafür sind Leistungen regelmässig zu überprüfen und zu hinterfragen. Ein Ziel sollte auch sein, die durchschnittliche Steuerkraft zu erhöhen. Bei Projekten und Vorlagen sollten die Kosten im Verhältnis zum Steuerfuss aufgezeigt werden. Die Fraktion FDP ist einstimmig für Eintreten.

**Gemeinderat Pascal Frey, Referent der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO:** Wenn ich Ihnen heute mein Votum des Budgets 2015 vorgelesen hätte, Sie würden es kaum merken. Klar, einige Passagen hätte ich weglassen müssen, da sie auf die erstmalige Budgetlegung gemäss HRM2 hingewiesen haben. Aber ich hätte sogar den Aufwandüberschuss von gut 1,6 Mio. Franken übernehmen können. Die Budgets 2015 und 2016 sind in der Übersicht sehr ähnlich. Ca. 1 Mio. Franken weniger Investitionen und 1 Mio. Franken höhere Erträge, dazu 1,5 Mio. Franken höhere Aufwände, das gibt einen minimal kleineren Finanzierungsbedarf, wieder dieselben knapp 1,7 Mio. Franken Verlust. Ein Verlust also. Und ein hoher Finanzierungsbedarf von 13 Mio. Franken. Klar, kurzfristig geht das. Aber wir sehen die gleichen Zahlen jetzt schon das zweite Jahr. Und die vorgängigen sind schwer zu vergleichen. Aber eines ist klar, lange geht das nicht gut, wenn auch dies in der Momentaufnahme kein Problem ist. Wir stossen uns auch daran, dass der Stadtrat seine Finanzvorgaben so radikal geändert hat und nun das Nettovermögen, das vorher als einzige Richtgrösse galt, nicht mehr relevant ist, im Gegenteil, sogar massiv abgetragen wird. Zu einer Steuererhöhung werden wir uns noch im Finanzplan äussern. Ich möchte hier einfach anmerken: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Ich möchte Sie an die Zahlen erinnern, wie viel eine Steuererhöhung von drei Prozent für eine vierköpfige Familie kostet. Bei einem Einkommen von 5'000 Franken sind es 95 Rappen im Monat, und bei einem Einkommen von 10'000 Franken sind es Fr. 10.50. Kleine Beträge für den einzelnen, aber sie gäben unserer Stadt wieder die nötige Reserve, um unter anderem den Standortvorteil zu halten. Ich denke, es ist mit den vorgenannten Zahlen für viele gar nicht so wichtig, ob sie wenige Prozente mehr oder weniger Steuern bezahlen. Wichtiger sind eine gute Infrastruktur und qualitativ hohe Dienstleistungen. Somit sind also auch die relativ hohen Investitionen gerechtfertigt. Auch haben wir etwas dagegen, wenn man am falschen Ort spart und somit längerfristig Mehrkosten generiert. Uns ist überdies aufgefallen, dass die Weiterbildungskosten für die Mitarbeitenden kleiner

budgetiert sind. Zwar wurde uns versichert, dass die Zahlen nur verschoben bzw. korrigiert wurden, aber wir möchten hier davor warnen, den Mitarbeitenden die Möglichkeiten zur Weiterbildung zu kürzen. Denn die Stadt hat ja einen Anstellungsstopp, aber trotzdem wächst die Stadt stetig. Somit generiert sich jährlich eine Mehrarbeit für die Mitarbeitenden, die nicht kompensiert wird. Sie können schon spotten über die Stadtmitarbeitenden. Ja, es gibt sie, die quasi geschützten Arbeitsplätze beim Beschäftigungsprogramm des Werkhofs, das ist auch gut so, denn diese Leute sollen ja nicht arbeitslos werden und uns mehr kosten. Aber diejenigen, die Jahr für Jahr ihre Zahlen zusammenkürzen müssen, diese machen einen guten Job. Denn in diesem Budgetordner steckt viel Arbeit. Und es wurde wahrscheinlich manches Projekt mit einem tiefen Seufzen beerdigt. Wir bedanken uns hier für das Verständnis und die produktive Mitarbeit und finden, Qualität hat ihren Preis. Somit sollen die Ausgaben nicht weiter gekürzt werden. Die Einnahmeseite wurde ja auch aufgrund eines Vorstosses von unserer Seite erhöht. Aber es braucht noch weitere Massnahmen, um die Negativspirale aufzuhalten. Wir hoffen, dass der Stadtrat hier den nötigen Mut und Rücken beweist. Denn wir bezahlen gern einige wenige Franken mehr getreu dem aktuellen Stadtmotto: Frauenfeld verbindet, was gutes Leben ausmacht.

**Gemeinderat Christoph Regli, Referent der Fraktion CVP/EVP:** Dann ergänzen wir halt die Voten der Fraktionen schon im Eintreten: Bleiben wir doch beim Wesentlichen. Es gibt sehr viel Erfreuliches zu berichten. Der Steuerfuss bleibt entgegen früherer Planungen bei 60 Prozent. Zum Formellen: Die Aufstellungen sind klar und die Bemerkungen für die Lesbarkeit am richtigen Ort und verständlich. Besten Dank. Der Stellenplan ist praktisch unverändert. Auch die Erhöhungen von Einnahmen werden ins Auge gefasst, wenn Gebühren die verursachten Kosten nicht zu decken vermögen. Besten Dank. Der Stadtrat hat eine Schwelle von 2 Mio. Franken Defizit definiert, bei der er eine Steuererhöhung beantragen wird. Diese Schwelle scheinen wir erst im Jahr 2019 zu erreichen. Wir werden dannzumal unter Berücksichtigung aller Aspekte dieses Thema lösen. Wir sind also noch weit weg von einem zwingenden Leistungsabbau, auch wenn Leistungen natürlich immer überdacht werden dürfen oder sollen. Oder auch weit weg von einer Steuererhöhung, die wir wirklich nur als Ultima Ratio ansehen würden. Das Budgetdefizit lässt einfach eine Fortschreibung der Zahlen vermuten. Dies ist aber bei Weitem nicht so. Es ist dem Stadtrat trotz unvermeidlicher Mehrkosten in wenigen Konten 1,3 Mio. Franken beim Stadtbus, stationärer Betreuung und Sozialhilfe gelungen, ein Budget mit einem nicht höheren Defizit als im letzten Jahr zu präsentieren. Für diese enormen Sparübungen in diesem Sommer verdient er mit all seinen Amtsleitern etc. viel Lob und Anerkennung statt kleinliche Korrekturvorschläge, die einer Hauptstadt des Kantons Thurgau nicht würdig sind. Wir haben sehr solide Finanzen. Dies zeigt sich zum Beispiel auch darin, dass alle Strassen älter als 2003 vollständig abgeschrieben sind und dies bei einer Nutzungsdauer von 40 Jahren.

Als unerfreulich scheint auf den ersten Blick das Defizit, aber da frage ich Sie, ist es in unserem Rat nicht anerkannt, dass das Eigenkapital abgebaut werden kann, ja sogar abgebaut werden soll? Und dazu ist ja eigentlich das Defizit das normalste Mittel. Oder nicht?

Eine Anmerkung zu Gemeinderat Wildberger: Mit Ihrer Definition von Eigenkapital hätte ich auch Angst. Tatsache ist aber, dass sich das Eigenkapital nur aus bereits realisierten Landverkaufgewinnen zusammensetzt, und nicht wie vorher behauptet aus Strassen.

Erst im Jahr 2019 wird im Budget die Schwelle überschritten, bei der der Stadtrat eine Steuererhöhung beantragen wird. Ob dies dann wirklich eintritt, steht in den Sternen. Nach der endlich realisierten Praxis, dass Gewinne aus Landverkäufen nun über die Erfolgsrechnung fliessen, könnte ein Budget auch davon profitieren, wenn entsprechende Händel bekannt sind. Oder wir

werden trotz Defiziten in den Budgets mit dem Motiv „realisierte Gewinne“ vielleicht in den Rechnungen bis dann so positiv überrascht, dass wir Gemeinderäte wieder etwas lockerer auf Defizite in Budgets reagieren. Vielleicht gibt es auch dann Leute, die mit vermutetem Sparpotenzial sich zu profilieren suchen.

Am unerfreulichsten sieht die Entwicklung des Finanzplans aus. Aber insbesondere hier gilt: Planung ersetzt Zufall durch Irrtum. Es ist jetzt sicher sorgfältig erarbeitet worden. Alle haben die möglichst genauen Zahlen eingesetzt. Die Umstände oder der Zufall werden dann aber über die ganz grossen Brocken entscheiden, die markant wichtiger sein werden als die Steuerfüsse. Wie hoch wird die Ausführungsquote bei den Investitionen sein? Wie stark wird Frauenfeld durch die Unternehmenssteuerreform letztendlich wirklich betroffen sein? Wird es viele Landgeschäfte mit etwas Gewinnrealisierung geben? Oder wenigstens wenige Geschäfte mit grossen Gewinnen? Die Rechnungen werden laufend darüber Auskunft geben. In den Budgets werden wir immer wieder entsprechend zusätzlich sehr grossen Respekt haben vor der Situation. Wie schon letztes Jahr gesagt, werfen wir einen seriösen Blick auf die Zahlen, aber werden wir nicht zu schnell nervös.

Bei den Werken sind es leider die tieferen Preise, die die Umsatzreduktionen bewirken. Uns hätte ein geringerer Verbrauch mehr gefreut. Aber es ist natürlich schön, dass dies den Werken nicht zu schaffen macht. Ein Vorteil, wenn man nicht mehr viel abschreiben kann, weil man vorher immer zu viel abgeschrieben hat und auch nicht viel abschreiben darf, weil man sich HRM2 annähern will. Mit den Investitionen steigen natürlich die Restbuchwerte. Diese sind mit 13 Mio. Franken im Verhältnis zum Wert aller Anlagen der Werke immer noch sehr, sehr tief. Erfreulich ist auch der Erfolg am Markt. Wenn beispielsweise zwar grosse verlorene Kunden bestehen, aber doch eben solche wieder ersetzt werden können. Herzliche Gratulation den Verhandelnden.

Im Alterszentrum gibt es dank der Tarifierhöhungen ein verantwortbares Budget. Nach wie vor ist ja beabsichtigt, keine Subventionen oder Defizitdeckungen, wie wir es von anderen grossen Gemeinden im Kanton Thurgau kennen, einfließen zu lassen. Entsprechend danken wir für die Tätigkeitsanalyse und unterstützen die Idee, dass Quersubventionierungen weiterhin verhindert werden sollen.

Dank der aktuell so soliden Finanzen können wir uns das vorgelegte Budget mit dem hohen Defizit –und ich sage bewusst, nicht trotz des hohen Defizits, sondern mit dem hohen Defizit – erlauben. Herzlichen Dank allen Beteiligten in den Departementen und Abteilungen, insbesondere aber Herrn Reto Angern und dem Stadtrat. Unsere Fraktion unterstützt alle Anträge der Botschaft einstimmig.

**Gemeinderat Christoph Tschanen, Referent der Fraktion SVP/EDU:** Vorab danken wir ganz herzlich für die geleistete Arbeit in der Budgetphase. Alle Beteiligten wurden gefordert, um das gesteckte Ziel eines ausgeglichenen Budgets zu erreichen. Viele Konten mussten hinterfragt und die Leistungen begründet werden. Ausserdem ist es im Vorspann des Budgetordners zu lesen, dass die Vorgaben des Kantons noch immer nicht verbindlich oder sogar verfügbar sind. Für uns nicht verständlich, dass die Richtlinien der übergeordneten Stelle immer noch fehlen. Nun zum Budget 2016:

Mit einem budgetierten Defizit der Stadtrechnung von 1,66 Mio. Franken ist unser Ziel eines ausgeglichenen Budgets klar nicht erreicht worden. Wenn bei einem budgetierten Aufwand von 82,9 Mio. Franken bei jeder Ausgabe zwei Prozent eingespart würden, könnte das angestrebte

ausgeglichene Budget präsentiert werden. Für uns hat dieser Vorschlag nach wie vor Luft. Es muss uns bewusst sein, dass wir nun am Punkt angelangt sind, wo wir das Wünschenswerte vom Notwendigen unterscheiden müssen. Ausgaben wie zum Beispiel Einlagen in den Fonds für Kunstanschaffungen, der bereits mit 150'000 Franken gefüllt ist, oder zusätzliche Gelder für die Entwicklung des Innovationsparks sind zu überdenken. Konzentrieren wir uns auf das Wesentliche und nehmen wir die Verantwortung wahr, die das Volk uns übertragen hat. Als Vergleich: Wenn das Budget einer Familie nicht mehr ausgeglichen gestaltet werden kann, muss gespart werden. Auch hier wird als Erstes beim Luxus gespart. Ferien, günstigeres Auto oder eine günstigere Wohnung.

Aufgrund dieser Ausgangslage werden wir in der Behandlung des Budgets und bei den Investitionen einzelne Anträge zur Kürzung oder Streichung stellen. Wir sind der Überzeugung, dass mit diesen Anträgen niemand darben muss. Härtere Zeiten sind angebrochen. Nicht nur im privaten Haushalt und in der Wirtschaft, sondern auch bei der Stadt muss der Gürtel enger geschnallt werden.

Zum Finanzplan 2017-2019: Die steigenden Aufwände sollen mit einer Steuererhöhung kompensiert werden. Unsere Fraktion bittet den Stadtrat, dies zu überdenken und im Bereich der Aufwandpositionen weitere Sparmassnahmen einzuleiten. Wir sind zurzeit klar gegen eine Steuererhöhung.

Das Budget der Werkbetriebe für das Jahr 2016 haben wir intensiv studiert. Wie gewohnt basiert der Voranschlag auf seriöser Arbeit und entspricht mehr oder weniger den vorangegangenen Jahren. Wir stellen fest, dass eine Lohnerhöhung von 0,65 Prozent eingeplant ist. Dies entspricht zwar dem Personalreglement, das in den ersten zehn Jahren entsprechende Erfahrungszuschläge vorsieht, wir fragen uns aber, ob dies noch zeitgemäss ist.

Kritisch betrachten wir die Einlagen in die Spezialfinanzierungen. Wir sind der Überzeugung, dass dies nur Sinn macht, wenn konkrete Projekte anstehen. Diese Posten als stille Reserven oder als Rückstellungen anzusehen und somit zu budgetieren, macht für uns keinen Sinn. Den mittelfristig angestrebten Selbstfinanzierungsgrad von 80 bis 100% erachten wir als erstrebenswert und sinnvoll und lassen somit auch einen Spielraum für künftige Herausforderungen zu. Die budgetierten Investitionen sind nachvollziehbar. Es wird nachhaltig geplant und investiert, so dass unser Stadtnetz weiterhin in einem Topzustand bleibt.

Den Finanzplan 2017-2019 erachten wir als realistisch.

Zum Alterszentrum Park: Wir haben festgestellt, dass auch dieses Budget seriös erstellt wurde, und danken den Verantwortlichen für die Arbeit. Die Belegungshöhe scheint uns realistisch und basiert auf den Erfahrungszahlen der Vorjahre. Somit ist im Bereich der Erträge mit konstanten Einnahmen zu rechnen, was uns freut. Die Personalaufwände werden mit genaueren Erfahrungstools analysiert und die Prozesse optimiert. Dies stimmt uns optimistisch, dass in Zukunft Zusatzleistungen eventuell weiterverrechnet werden können oder zumindest Optimierungspotenzial ausgelotet und anschliessend umgesetzt wird. Wichtig ist für uns, dass die Abschreibungspraxis im Bereich der Parksiedlung Talacker fürs nächste Budget, spätestens aufs Jahr 2018 angepasst wird. Somit werden die Aufwendungen generationengerecht belastet. Auch die angedachte transparentere Rechnungslegung wird dazu beitragen, dass Rückstellungen für zum Beispiel Unterhalt und Reparaturen nicht mehr mit einem Verlustvortrag verrechnet werden. Wir danken an dieser Stelle für den Einsatz. Die Investitionen sind sinnvoll und werden von uns nicht in Frage gestellt. Und auch den Finanzplan 2017-2018 erachten wir als realistisch.

**Gemeinderat Fredi Marty (MproF):** Ich kann die positive Aufnahme einzelner Vorredner nicht ganz nachvollziehen. Der Gemeinderat Frauenfeld hat es in der Hand, wir haben die Verantwortung für die finanzielle Zukunft unserer Stadt. Der Stadtrat legt uns ein Budget vor, das ein Defizit von rund 1,67 Mio. Franken vorsieht. Das sind rund drei Steuerprozente. Das ist für mich nicht akzeptabel. Das Budget 2016 ist eine Fortschreibung der roten Zahlen des Vorjahrs. Dagegen müssen wir uns wehren. Es macht den Anschein, dass der Stadtrat unter neuer Führung nichts dazugelernt habe. Unter gütiger Mithilfe der Medien möchte die Stadtregierung der Bevölkerung weismachen, dass alle Sparmassnahmen ausgereizt seien. Auch im Finanzplan sind keine neuen Zielsetzungen mit Umsetzungsmassnahmen erkennbar. Im Gegenteil. In Zukunft sind weiterhin zu hohe Investitionen bei einem viel zu tiefen Selbstfinanzierungsgrad vorgesehen. Infolgedessen schrumpft das heute noch stattliche Nettovermögen und verwandelt sich bis Ende 2019 in eine Nettoschuld von rund 18 Mio. Franken. Spätestens dann wird eine Steuererhöhung unumgänglich sein.

Wir in diesem Saal tragen die Verantwortung. Diesem Budget können und dürfen wir nicht zustimmen. Wir haben heute die Verpflichtung, das Defizit wenigstens zu halbieren. Für eine ausgeglichene Rechnung reicht leider die Zeit nicht mehr. Das muss die Zielsetzung für das Jahr 2017 sein. Unser neuer Stadtpräsident wird bis dahin lange genug im Amt sein, um auf das Budget mehr Einfluss zu nehmen, als er dies anscheinend beim vorliegenden getan hat. Ausgeglichene Zahlen sind trotz gebundener Ausgaben möglich, und zwar ohne schmerzliche Einschränkungen für die Bevölkerung und die Mitarbeitenden der Stadt. Ich werde in der anschließenden materiellen Beratung versuche, Ihnen aufzuzeigen, wo wir ohne Not sparen können, und entsprechende Anträge stellen beziehungsweise unterstützen. Auf meinen obligaten Rückweisionsantrag wie in den Vorjahren werde ich diesmal verzichten.

**Stadtpräsident Anders Stokholm:** Es ist so schön weit unten. Da nützt sogar das Gürtel enger Schnallen nichts. Da müsste ich wirklich in die Knie gehen, aber ich habe jetzt den Gürtel enger geschnallt. Das ist ja die eine Art und Weise, um in Form zu kommen, allerdings geht das bei mir fast nicht mehr und bei anderen nur mit tiefem Atemholen. Die andere Variante, um abzunehmen, ist, nichts zu essen. Das wäre auch eine Variante, die kommt aber der Gesundheit nicht zugute. Und man verliert Kraft dabei. Und die dritte Variante und die wäre jene, die ich bevorzuge, ist fit zu werden. Fit zu werden braucht aber Zeit, und ich danke Ihnen, dass Sie das Budget in grossen Teilen mindestens wohlwollend aufgenommen haben und auch die Anstrengungen gesehen haben, die wir seitens Stadtrat unternommen haben trotz Ausgaben, die unvorhergesehen gewachsen sind von 1,377 Mio. Franken, mit einem Defizit, das nicht grösser ist als das letztjährige.

Uns ist aber auch bewusst, dass das nicht ein Dauerzustand werden kann. Wir nutzen die starke Eigenkapitalbasis von 90 Mio. Franken, um trotz dieses Defizits den Steuerfuss stabil halten zu können. Wir möchten den Steuerfuss möglichst stabil halten, er ist aus unserer Sicht kein Jo-Jo, der mal runter und mal rauf gehen kann, sondern er muss wenn möglich stabil gehalten werden aus verschiedenen Gründen, unter anderem auch, um Sicherheit gewährleisten zu können. Wir haben aber ganz klar das Ziel, dass wir mittelfristig ausgeglichene Rechnungen präsentieren können. Ob wir dann auch mittelfristig die Defizite ausgleichen müssen, da frage ich mich, wie man ein Eigenkapital abbauen kann, wenn man das immer wieder müsste, da wäre dort der Jo-Jo anzusetzen. Aber auf jeden Fall ist es nicht das Ziel, mittel- und langfristig weiterhin Defizite zu schreiben. Wir behalten das also im Blick und ich kann an dieser Stelle auch sagen, dass wir diesen Blickwinkel auch erweitern werden und selbstverständlich auch Nettovermögen und Selbstfinanzierungsgrad in den Blick nehmen werden, allerdings, und das haben Sie richtig festgestellt, ist das Eigenkapital für uns diejenige Kennzahl, die uns am relevantesten scheint.

Was die Rechnungslegung von AZP und Werken betrifft, so können wir sagen, true and fair view ist auch uns ein Anliegen, Transparenz ebenfalls, ob es im HRM2-Modus geschehen muss, darüber kann man sich streiten, diesen Streit werden wir aber nachholen und nicht heute austragen. Ich danke an dieser Stelle für alle Ihre Inputs. Wir hatten auch in der GPK gute Inputs erhalten, die wir mitgenommen haben. Ich kann in Bezug auf mich sagen, dass sich an einen oder anderen Ort auch Veränderungen ergeben haben, zum Beispiel im kulturellen Bereich, dazu komme ich später. Wir sind wirklich bemüht und wir werden Erfolg zeitigen mit den Bemühungen, dieses Budget wieder ins Lot zu kriegen. Schauen wir dann nächstes Jahr auch die Rechnung an, das ist ja dann der Realitätsspiegel, den wir noch mit in Betracht nehmen müssen. Wir reden jetzt über Budget, die Rechnung nach HRM2 werden wir erst im nächsten Frühling betrachten können.

### MATERIELLE BERATUNG

**Gemeinderat Kurt Sieber, Referent der GPK Finanzen und Administration:** Erfolgsrechnung Departement für Finanzen, Stadtentwicklung und Zentrales:

In diesem Departement sind keine neuen Stellen budgetiert. Wie überall ist der Vergleich mit früheren Budgets immer noch schwierig. Wie in früheren Jahren werden Konten erläutert mit einer Abweichung von plus oder minus zehn Prozent und grösser als 5'000 Franken. Für das Budget 2017 ist wieder in der Erfolgsrechnung der Vergleich mit der Rechnung aufzuführen, damit die Veränderungen nachvollziehbarer werden. Das Budgets des Departements wurde mehrheitlich gutgeheissen.

Seite 1: Die GPK ist zufrieden, wenn folgende Punkte im Budget 2017 korrigiert werden:

- Beim Konto 3000.02 ist die Begutachungskommission in Besoldungsfragen zu entfernen, da diese eine stadträtliche Kommission ist.
- Beim Konto 3130.12 Anlässe Gemeinderäte ist für die folgenden Budgets alle vier Jahre ein Betrag für einen Gemeinderatsausflug zu budgetieren.

Seite 2:

- Beim Konto 3130.12 Anlässe wurde eine Kürzung betreffend der traditionellen Einladung zum Mittagessen der Regierungs- und Kantonsräte zum Abschluss der Legislatur diskutiert und der Antrag zur Kürzung wurde mit 2 Ja- zu 5 Nein-Stimmen abgelehnt.

Seite 3:

- Beim Konto 3102.00 Kommunikation und Publikationen wurde die Notwendigkeit betreffend Neuerstellung des Stadtfilms diskutiert und der Antrag auf Verzicht wurde mit 1 Ja- zu 5 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.
- Beim Konto 3169.00 Übrige Mieten und Benutzungskosten betreffend Internetauftritt Stadtportal frauenfeld.ch wurde diskutiert und der Antrag auf Auflösung dieses Internetauftritts wurde mit 1 Ja-Stimme zu 4 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 25:

- Konto 3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc. wurde diskutiert, ob solche Aufträge nicht durch den Immobilienverwalter getätigt werden können. Hier ist anzumerken, dass solche internen Einschätzungen durch die Revisionsstelle nicht akzeptiert werden und die Vergabe an Dritte notwendig ist.

Seite 42:

- Beim Konto 3090.00 Aus- und Weiterbildung des Personals wurde präzisiert, dass Führungsschulungen und Kurse zur Weiterentwicklung von Mitarbeitenden eine Angelegenheit des Personalamts sind, die Kosten werden hier verbucht. Reine Fachkurse, die

dazu dienen, das Fachwissen des Personals ajour zu halten, sind Sache der Departemente respektive der Amtsleitungen und werden bei den Ämtern verbucht.

Investitionsrechnung:

Es wurde der GPK eine Investition nachgereicht. Im Departement 1 ist eine Ersatzbeschaffung Atemschutzfahrzeug vorgesehen. Die Höhe der Investition 2016 beläuft sich auf 100'000 Franken. 200'000 Franken abzüglich Beitrag Kanton.

Finanzkennzahlen:

Der Selbstfinanzierungsgrad mit 17,2 Prozent ist zu niedrig, der Selbstfinanzierungsanteil mit 3,8 Prozent ist schlecht, der Zinsbelastungsanteil mit 0,7 Prozent ist gut. Der Kapitaldienst mit 4,2 Prozent stellt eine geringe Belastung dar.

**Gemeinderat Fredi Marty (Mprof):** Erlauben Sie mir noch einige allgemeine Bemerkungen zur materiellen Beratung. Wie gesagt bin ich der festen Überzeugung, dass wir heute Abend das Budgetdefizit halbieren können. Grosses Sparpotenzial liegt nach wie vor in den Bereichen Stadtentwicklung und Standortförderung. Die Honorare für externe Berater, Gutachter und Fachexperten sind einmal mehr zu hoch veranschlagt und ein eigentliches Ärgernis. Auch die heilige Kuh Kultur darf etwas abspecken, ohne dass sie gleich geschlachtet werden muss. Und neue Stellen wie die Betriebsleitung Casino liegen bei dieser Finanzlage einfach nicht mehr drin. Schliesslich sind auch im Departement Alter und Gesundheit problemlos Einsparungen möglich. Wenn ich auf Seite 28 der Botschaft lese, das Budget sei erneut unter grossen Sparbemühungen erstellt worden, so muss ich dieser stadträtlichen Würdigung widersprechen. Dass es trotz der mehrstufigen intensiven Budgetphase nicht möglich gewesen sei, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen, glaube ich schlicht und einfach nicht. Unterstützung bei meinen Kürzungs- und Streichungsanträgen erhoffe ich mir vor allem seitens der SVP, die sich seit der Fraktionstrennung von der FDP sozusagen neu erfunden hat und in ihren Legislatorschwerpunkten betont, die Fraktion der SVP/EDU setzt sich für ausgeglichene Zahlen ein sowohl im Budget als auch in der Rechnung. Ich bin gespannt, wie sie dieses Versprechen heute Abend umsetzen wird.

**Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel:** Bevor wir uns nun mit den einzelnen Departementen befassen, kommen wir zu den Voten, die grundsätzliche oder zusammenfassende Meinungen enthalten ohne Antrag zu einem Konto beziehungsweise einer Kontogruppe.

Keine Wortmeldungen.

### **Departement 1, Finanzen, Stadtentwicklung, Zentrales**

Erfolgsrechnung, Register 3 (hinter dem roten Blatt), Seite 1-42

Investitionsrechnung, Register 2 (hinter dem roten Blatt) Seite 1, Investitionsdetails im Register 6

Seite 2

1100.3130.12 – Anlässe

**Gemeinderat Thomas Gemperle:** Es stellt sich immer wieder die Frage: Was ist überhaupt Aufgabe der Stadt? Was muss die Stadt für Dienstleistungen erbringen? Man nimmt den Leuten das Geld weg und teilt es irgendwie um und andere profitieren dann davon, im Optimalfall die Allgemeinheit oder die Mehrheit der Bevölkerung. Es ist meines Erachtens nicht Aufgabe der Stadt, Mittagessen von Kantonsräten zu berappen. Darum stelle ich den Antrag, auf Seite 2

beim Konto 1000.3130.12 Anlässe 10'000 Franken einzusparen. Die Begründung liegt darin, dass ich wie gesagt nicht der Ansicht bin, dass die Stadt das Mittagessen der Kantonsräte bezahlen soll, auch wenn es eine einmalige Sache ist. Der Kanton spart auf dem Buckel der Gemeinden, jetzt sollten wir einmal auf dem Buckel der Kantonsräte sparen. Es gibt sehr gute Spesenregelungen für die Vertreter der Stadt Frauenfeld, auch bei anderen Anlässen, die in dieses Konto hineingebucht werden, so wie ich annehme, wenn Vertreter anderer Gemeinden, anderer Parlamente involviert sind, haben diese gute Spesenregelungen. Eine weitere Reduktion ist meines Erachtens gut vertretbar. Ist das ein Leistungsabbau? Ja, es ist ein Leistungsabbau, aber das ist kein Unwort, sondern meistens kommt, wenn wirklich ein Bedürfnis da ist, eine private Initiative zum Tragen, darum werden diese Mittagessen entweder privat finanziert oder sonst sind sie halt scheinbar doch nicht so wichtig. Ich bitte Sie um die Unterstützung dieses Antrags.

**Gemeinderat Peter Wildberger:** Bei diesem Antrag ist die Grenze zwischen Sparsamkeit und Geiz deutlich überschritten. Wir alle wissen, wie viel Zeit und Geld speziell vor den Wahlen jedes Mitglied eines Parlaments investiert. 20 Rappen pro Einwohner und Jahr würde dieser Antrag bringen. Wir profitieren, dass wir in einer Kantonshauptstadt leben, wo viele Wege dadurch kürzer sind. Wir schätzen, dass Regierung und Parlament hier tagen, und laden sie gern am Schluss der Legislatur alle vier Jahre zu einem einfachen Mittagessen ein. Weinfeldens tut das übrigens jedes Jahr im Zusammenhang mit der WEGA.

**Gemeinderat Herbert Vetter:** Ich möchte hierzu auch noch etwas sagen. Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Dieses Konto wurde bereits im letzten Jahr um 15'000 Franken gekürzt. Wie Gemeinderat Wildberger finde ich es sehr kleinlich, wenn der Grosse Rat inklusive Regierungsrat das Legislatorschlusessen selber bezahlen soll und dies erst noch auf Einladung der Kantonshauptstadt. Was gibt das für ein Bild ab? Sie wissen es, ein grosser Teil dieses Budgetpostens ist der Weineinkauf für das Rathaus. Laut meinen Unterlagen, die Ihre Fraktion eingereicht hat, wollte man zuerst von 40'000 Franken auf 20'000 Franken kürzen, jetzt beträgt die Kürzung nur noch 10'000 Franken. Ich nehme an, der Wein bleibt noch drin. Für mich ist es so, ich trinke heute Wasser und predige Wein, da ich finde, dass bei Einladungen des Stadtrats vom Volk Wein getrunken werden darf und nicht nur Wasser. Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Prost.

**Gemeinderat Fredi Marty (Mprof):** Ich bitte Sie, den Antrag Gemperle zu unterstützen. Ich erinnere Sie daran, der Abschluss der Legislatur hier für die Gemeinderäte war ein Stehapéro. Das war eine sehr ungemütliche Geschichte, nachdem das früher immer ein gehobener Anlass war. Wenn man schon nicht spart, könnte man auch diesen Anlass beim nächsten Mal etwas gehobener machen.

**Gemeinderat Peter Hausammann:** Ich mache es noch kürzer: Dann machen wir doch wieder einen schönen, gemütlichen Anlass am Ende der Legislatur auch für uns.

**Stadtpräsident Anders Stokholm:** Jetzt habe ich das Mikrofon wieder und bringe mich nicht mehr aus dem Konzept. Es tönt fast ein bisschen nach Auge um Auge, Essen um Essen. Einladungen sind nun einmal einfach Einladungen. Wenn man Kantonsräte oder wen auch immer einlädt, lädt man ein und verlangt dann nicht noch eine Bezahlung. Wir müssen dann die Einladung ganz aufheben. Ich frage mich, ob wir als Kantonshauptstadt das so wollen. Ich denke, Kantonshauptstadt zu sein, bringt nicht nur Rechte, sondern auch die eine oder andere Pflicht. Deshalb bitte ich Sie, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

**Abstimmung Gegenüberstellung Antrag Gemperle gegen Antrag Stadtrat**

Antrag Gemperle:	10 Stimmen
Antrag Stadtrat:	24 Stimmen
Enthaltungen:	1 Stimme

Seite 3

1200.3102.00 – Kommunikation und Publikation

**Gemeinderat Thomas Gemperle:** Bei diesem Konto ist auch der Stadtfilm mit 30'000 Franken budgetiert. Ich stelle den Antrag, dieses Konto um 30'000 Franken zu reduzieren.

Begründung: Ich bin der Meinung, es geht auch ohne diesen Stadtfilm und der Stadtrat ist rhetorisch genügend stark, dass er diese Informationen auch in wenigen Minuten mündlich und allenfalls mit ein wenig Bildmaterial unterstützt präsentieren kann. Neben dem Stadtfilm sind ja auch die Einwohnerzeitungen in diesem Konto verbucht. Ich finde, es steht dem Stadtrat frei, im nächsten Jahr ausnahmsweise nur drei Ausgaben zu publizieren und dafür den Imagefilm zu realisieren oder vier Ausgaben und dafür den Imagefilm nicht. Ich bin der Meinung, dass wenn Mehrausgaben geplant sind, diese kompensiert werden müssen. Ich denke, es klingt auch plausibel, liebe Frauenfelderinnen und Frauenfelder, die finanzielle Lage ist angespannt, aber weil wir in diesem Jahr trotzdem einen aufwendigen Imagefilm produzieren wollen, verzichten wir dafür auf eine von vier Einwohnerzeitungsausgaben. Ich bin wie gesagt der Meinung, bei Mehrausgaben muss es Abstriche an anderen Orten geben.

**Stadtpräsident Anders Stokholm:** Zum Stadtfilm als solches: Der Stadtfilm ist veraltet. Wir haben diesen traditionellerweise am Neuzuzügerapéro gezeigt. Darin kam unter anderem mein Vorgänger zu Wort, es ist alles in Ordnung. Aber es wurden auch Betriebe gezeigt als Beispiele prosperierender Wirtschaft, die leider einige Tage zuvor den Abbau mehrerer hundert Stellen angekündigt hatten. Das Raunen ging durch den Saal, es war ehrlich gesagt ein bisschen peinlich. Dieser Film muss vom Netz. Natürlich kann man sagen, dann braucht es keinen neuen Film. Ich bin der Meinung, dass die Werbung und das Marketing einer Kantonshauptstadt durchaus einen Stadtfilm vertragen.

**Abstimmung**

Antrag Gemperle:	9 Stimmen
Antrag Stadtrat:	22 Stimmen
Enthaltungen:	4 Stimmen

Seite 15

1310.3511.00 – Einlagen in Fonds für Kunstanschaffungen

**Gemeinderat Christoph Keller:** Gemäss Auskunft in der entsprechenden GPK ist dieser Fonds aktuell mit Fr. 163'663.85 gefüllt. Im Namen der Fraktion SVP/EDU stelle ich den Antrag, hier die budgetierte Einlage von 10'000 Franken für einmal zu streichen. Wer ein Budget mit roten Zahlen vorlegt, sollte deutliche Sparbemühungen machen. Beim städtischen Kulturbudget sollte ähnlich vorgegangen werden. Wenn ich zu wenig Geld habe, mache ich keine Rückstellungen

im Bereich Kunst und Kultur. Im vorliegenden Fall müssten die städtischen Kulturverantwortlichen nicht einmal auf eine gute Kaufgelegenheit verzichten. Wer mehr als 160'000 Franken auf der hohen Kante hat, kann sich davon ja problemlos einmal etwas leisten. Da wir in Frauenfeld noch immer in der glücklichen Lage sind, im Normalfall für Kultur genügend Finanzen zu haben, kann auf diese Einlage getrost verzichtet werden. Beweisen Sie also Ihren Sparwillen und unterstützen Sie diesen Sparvorschlag, der mit Sicherheit niemandem schadet. Abschliessend möchte ich an dieser Stelle noch beliebt machen, dass inskünftig auch in den Budgetunterlagen beim entsprechenden Konto der aktuelle Stand des Fonds aufzuführen ist. Eine solche Zahl wäre für die Meinungsbildung äusserst nützlich.

**Gemeinderat Pascal Frey:** Mich würde hier die Taktik des Stadtrats wundernehmen, wie dieser Fonds gefüllt wird. Ist es so, dass hier einfach wieder aufgefüllt wird, oder wird immer zusätzlich Geld hinzugefügt, auch wenn es nicht gebraucht wird? Ich denke, das ist das, was interessiert.

**Stadtpräsident Anders Stokholm:** Ich wurde gefragt, deshalb nehme ich auch Stellung. Der Stadtrat und der Kulturbeauftragte Christoph Stillhart hat mit dem Fonds natürlich insofern eine Strategie, als er immer etwas auf der Seite haben möchte für dann, wenn sich Gelegenheiten ergeben, um eine Anschaffung zu machen. Es ist dann so, dass diese Anschaffungen manchmal nicht von langer Hand geplant werden können und es deshalb gut ist, dass man einen gewissen Grundstock hat. Man kann natürlich sagen, regelmässige Einzahlungen speisen oder äufnen diesen Fonds regelmässig und man hat dann Gelegenheit, nicht in der gleichen Regelmässigkeit, sondern dann, wenn sich eine Gelegenheit oder eine Notwendigkeit ergibt, eine Anschaffung zu machen, die auch über diesen Betrag von jährlich 10'000 Franken hinaus geht, zum Beispiel 50'000 Franken oder was auch immer. Das ist dann unterschiedlich. Deshalb stehe ich natürlich auch zu diesem Budgetposten und mache beliebt, dass Sie diesen nicht aus dem Budget streichen, auch wenn es nur für einmal sein sollte. Aus einem Mal kann dann schnell zwei, drei oder fünf Mal werden. Ich halte dafür auf der anderen Seite, dass es den Spielraum gibt, bei entsprechenden Gelegenheiten oder auch Notwendigkeiten eine Anschaffung tätigen zu können, gerade im Hinblick darauf, dass wir in den nächsten fünf bis zehn Jahren einige Areale entwickeln, die auch einen künstlerischen Akzent noch erhalten dürfen, sehe ich in der nächsten Zeit die eine oder andere grössere Investition durchaus kommen. Deshalb belassen wir diese regelmässige Einspeisung, damit wir auch diese Sicherheit in der Budgetierung haben und nicht jeweils Sprünge.

### **Abstimmung**

Antrag Keller:	22 Stimmen
Antrag Stadtrat:	12 Stimmen
Enthaltungen:	1 Stimme

Seite 16

1310.3636.01 – Beiträge Kultur

**Gemeinderat Fredi Marty (MproF):** Ich finde es bedenklich, dass der Aufwand im Amt für Kultur im Vergleich zum Vorjahr um 110'000 Franken gestiegen ist, was trotz eines Mehrertrags von 20'000 Franken einer Abweichung von +8,7 Prozent entspricht. Im eingangs erwähnten Konto sind zahlreiche Kulturbeiträge zusammengefasst. Fast 650'000 Franken sollen für Kultur-

beiträge aufgewendet werden. Das sind 10 Prozent mehr als im Vorjahr. Ich habe nichts dagegen, dass die öffentliche Hand kulturelle Aktivitäten, Anlässe und Organisationen unterstützt. Das belebt die Stadt und verbindet die Menschen. Wenn es aber darum geht, ein Defizit zu verringern, muss auch hier gespart werden. Das tut niemandem weh, auch wenn es da und dort ein Aufheulen geben würde. Ein Beispiel: Der Beitrag ans Jugendkulturzentrum KAFF beträgt seit Jahren 35'000 Franken. Was würde passieren, wenn der Beitrag auf 25'000 Franken gekürzt würde? Nichts ausser eben ein lautes Geheul. So würde es auch tönen, wenn die Kultur im Eisenwerk um gut einen Drittel weniger an Steuergeldern erhielte, und das Cinema Luna würde auch dann weiterlaufen, wenn der Beitrag der Stadt um die Hälfte gekürzt würde. Ich beantrage eine Kürzung der Kulturbeiträge um 249'000 Franken auf insgesamt 400'000 Franken. Es sei dem Stadtrat überlassen, bei welchen Beiträgen er kleinere oder grössere Einsparungen vornimmt.

**Stadtpräsident Anders Stokholm:** Der Grund für diese grosse Zunahme liegt vor allem im Jazzfestival Generations mit 40'000 Franken. Das findet alle zwei Jahre statt. Zudem wurde ein Beitrag für die Konzertgemeinde um 10'000 Franken aufgestockt und es ist die Theaterwerkstatt Gleis 5, die erstmals vorgesehen wäre, hier auch 10'000 Franken in eine Leistungsvereinbarung einfließen zu lassen. Wir haben ein Kulturkonzept, das Kulturkonzept wollen wir weiter verfolgen, wollen wirklich unsere kulturelle Rolle hier in Frauenfeld spielen als Kantonshauptstadt zum einen. Zum anderen denke ich, ist Kultur auch ein wichtiges Anliegen mir persönlich, aber auch der Stadt, die Identität stiftend ist. Ich denke, bei Institutionen zu sparen, die eine sehr gute Arbeit machen, lange Jahre schon, Jahrzehnte zum Teil, wäre den Sparhebel am falschen Ort angesetzt, weil das zum Teil auch die Existenz einiger dieser Betriebe gefährden würde. Deshalb bitte ich Sie, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

Wenn ich gerade am Reden bin, dann möchte ich zu Seite 16 noch etwas sagen. Es hat sich dort beim Budgetieren ein Fehler eingeschlichen. Es tut mir leid. Den haben wir aufgrund einer Rückfrage dann festgestellt, nämlich im 3660.0118, da müsste es nicht 22'000, sondern 20'000 heissen. Ein kleiner, minimier Beitrag an das Sparziel von Fredi Marty. Aber immerhin 2'000 Franken.

### **Abstimmung**

Antrag Marty:	2 Stimmen
Antrag Stadtrat:	31 Stimmen
Enthaltungen:	2 Stimmen

*Seite 17*

**Stadtpräsident Anders Stokholm:** Auch hier möchte ich von meiner Seite her eine Korrektur anbringen, die sich zwischen der GPK-Sitzung und der heutigen Sitzung eingestellt hat. Es geht um das Atelier Baliere, das vorgesehen war. Die Kulturstiftung des Kantons hat abgelehnt, hier einen Beitrag zu sprechen. Aufgrund dessen verzichten wir auf die Einrichtung dieses Ateliers. Das bedeutet, dass die Position auf Seite 17 zuoberst 3920 sich um 40'000 Franken reduziert und dass umgekehrt die Position 4631, Einnahmen von 20'000 Franken wegfallen. Somit fällt das Budget um 20'000 Franken niedriger aus.

Seite 16

1310.3636.01.05 – Beitrag an Kultur im Eisenwerk

**Gemeinderat Thomas Gemperle:** Ich teile die Meinung von Fredi Marty, das Amt für Kultur ist ein Bereich mit unaufhörlichem Wachstum, und nicht nur jetzt, sondern auch in den letzten Jahren. Mir ist klar, Kultur ist wichtig, aber man kann gerade in dieser Zeit nicht immer mehr Geld in die Kultur investieren. Mehrausgaben sind okay, also auch das Generations Jazzfestival, da habe ich nichts dagegen, aber wenn man Mehrausgaben tätigt, dann müssen die an einem anderen Ort in der Kultur kompensiert werden. Ich stelle den ersten Antrag beim Konto 1310.3636.01.05 Beitrag an Kultur im Eisenwerk. Hier ist eine Erhöhung um 3'000 Franken vorgesehen. Diese möchte ich rückgängig machen, also wieder auf 117'000 Franken. Die Kultur im Eisenwerk erhält bereits jetzt einen sehr hohen Betrag und ja, sie erbringen dafür auch eine entsprechende Leistung. Aber ich will nicht, dass noch mehr Leistung vom Eisenwerk kommt, dass das noch ausgebaut wird, auch wenn es sich um kleine, fast symbolische Beiträge handelt. Es geht darum, die Ausgaben im Kulturbereich zu stabilisieren. Das ist mein Ziel und darum möchte ich hier diese 3'000 Franken Erhöhung rückgängig machen.

**Stadtpräsident Anders Stokholm:** Wir haben mit dem Eisenwerk eine Leistungsvereinbarung. Wir haben diese Leistungsvereinbarung überprüft und haben festgestellt, dass das Eisenwerk tatsächlich seine Leistungen im kulturellen Bereich ausgebaut hat. Wir haben das zum Teil über spezifische Zulagen oder Zuwendungen korrigiert oder aufgefangen, aber jetzt möchten wir es lieber wieder in Anhebung der Leistungsvereinbarung mit dieser Pauschale lösen und deshalb beantragen wir die Erhöhung von 117'000 Franken auf 120'000 Franken, dann fallen diese spezifischen Beiträge an anderer Stelle weg.

### Abstimmung

Antrag Gemperle:	8 Stimmen
Antrag Stadtrat:	22 Stimmen
Enthaltungen:	5 Stimmen

Seite 17

1410.3010.00 – Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals  
(1411.3010.00, 1412. 3010.00 und 1413. 3010.00)

**Gemeinderat Thomas Gemperle:** Es geht um die Stellenanpassung im Bereich Stadtentwicklung und Standortförderung. Ich bin der Ansicht, dass im Bereich Stadtentwicklung und Standortförderung mit zu vielen Aktivitäten und zu vielen Projekten gearbeitet wird, dass zu viele Baustellen offen sind und wir damit überfordert sind. Mein Ziel ist Abbau und Redimensionierung dieser Bereiche. Es wird hoffentlich nachher noch Anträge auf die weitere Reduktionen geben. Ich bin aber der Meinung, man muss auch Personal abbauen in diesem Bereich. Die Mitarbeitenden leisten wahrscheinlich da sehr gute Arbeit. Ich kann das nicht beurteilen. Darum geht es auch gar nicht. Aber wir brauchen auch hier weniger Leistung, diese Stadtentwicklung und Standortförderung muss wieder auf ein vernünftiges Mass zurückgebaut werden. Ich möchte keine Entlassungen bei der Stadt. Das geht wirklich nicht. Sondern ich möchte natürliche Fluktuationen nutzen, um hier Stellen einzusparen. Mir ist bewusst, das hat Auswirkungen auf Dienstleistungen, aber auch das ist das Ziel von Stellenkürzungen, dass weniger gemacht wird, weni-

ger Konzepte und weniger Planungen in diesem Bereich gemacht werden. Wir haben mit dem Konzept Casino 2015+ eine neue Stelle in der Stadtverwaltung geschaffen. Wir haben damals schon gefordert, dass diese an einem anderen Ort kompensiert wird und jetzt ist die Budgetdebatte dazu da, diese Stelle zu kompensieren. Der Zufall hat es ergeben, dass diese Stelle im Casino mit einer Person besetzt wurde, die bisher genau in diesem Bereich Standortförderung und Stadtentwicklung tätig war. Der Stadtrat hat diese Stelle jetzt aufgesplittet in eine 60%-Stelle Projektassistenz und eine 40%-Stelle für die Administration. Diese 60%-Stelle ist gemäss meinen Informationen bereits wieder besetzt mit einer Person, also dagegen richtet sich mein Antrag nicht, weil ich wie gesagt keine Entlassungen bei der Stadt möchte. Aber die 40%-Stelle in der Administration bei der Stadtentwicklung und Standortförderung ist noch offen und ich stelle den Antrag, dass diese nicht besetzt wird und dass die entsprechenden Konten entsprechend gekürzt werden. Die Kürzungsanträge betreffen nun mehrere Konten. Ich gehe davon aus, wir können trotzdem einen Antrag daraus machen, dass wir über diesen einen Antrag abstimmen. Wer dieser Kürzung von insgesamt 28'400 Franken zustimmt, diese sind verteilt auf die Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Konto 3010, im Bereich 1410 Zentrale Dienste, im Bereich 1411 Stadtentwicklung und im Bereich 1412 Standortförderung und im Bereich 1413 Geschäftsstelle Regio Frauenfeld. Die einzelnen Beträge: Bei den Zentralen Diensten sind es 8'520 Franken, bei der Stadtentwicklung sind es auch 8'520 Franken, bei der Standortförderung sind es 8'520 Franken und bei der Geschäftsstelle Regio Frauenfeld sind es 2'840 Franken, die bei den Lohnkosten bei diesen Lohnkonti eingespart werden sollen. Gesamthaft wie gesagt 28'400 Franken. Das ist diese 40%-Stelle in der Administration in diesem Bereich.

**Stadtpräsident Anders Stokholm:** Thomas Gemperle wird mir Recht geben, wenn ich sage, das ist natürlich ein zufälliger Antrag, weil wir zufälligerweise Frau Shariel Bachmann angestellt haben, also eine interne Anstellung. Sonst wäre dieser Antrag nicht auf diese Stelle gekommen, vielleicht auf eine andere. Was hätte das für Auswirkungen, wenn man diesem Antrag zustimmt? Ich weiss nicht, ob ich so schnell wieder eine interne Person anstelle kurz vor der Budgetsitzung und einen Wechsel mache. Da werde ich sicher vorsichtiger. Ich denke auch, dass es schwierig ist, die Planbarkeit in Ausschreibungen wirklich durchzuhalten. Aber es ist das Recht des Gemeinderats, in der Budgetdebatte auf den Stellenplan Einfluss zu nehmen. Daher die zweite Frage, ob das am richtigen Ort ist. Stadtentwicklung, Standortförderung Bereich Administration – wir haben hier in diesem Themenbereich sehr grosse Herausforderungen. Und diese Herausforderungen sind nicht einfach hausgemacht oder stadtgemacht, die sind nicht von uns selber erfunden. Wir sind ja eine Agglomeration, wir sind eine Regio, wir haben innerhalb dieser Regio und dieser Agglomeration einen sehr grossen Koordinationsbedarf. Dieser ist nicht zu unterschätzen, was seine Komplexität betrifft. Wir haben verschiedene Agglomerationsprogramme am Laufen und die sind leider nicht ganz unaufwendig. Wenn wir uns hier zurücknehmen, nehmen wir uns nicht einfach so zurück, sondern das heisst auch, wir nehmen uns selber Entwicklungsspielraum weg. Wir gestalten nicht mehr. Wir werden zu Reagierenden und nicht mehr Agierenden. Das finde ich eine heikle Entwicklung. Ich möchte Sie darum an dieser Stelle bitten, hier keine Einsparungen im Personaletat vorzunehmen.

### **Abstimmung**

Antrag Gemperle:	12 Stimmen
Antrag Stadtrat:	23 Stimmen
Enthaltungen:	0 Stimmen

Seite 18

1411.3132.81 – Diverse Honorare für externe Berater, Gutachter, Fachexperten für Projekte

**Gemeinderat Fredi Marty (MproF):** Im Amt für Stadtentwicklung und Standortförderung wird nach wie vor mit der grossen Kelle angerichtet. Auch wenn gegenüber dem Vorjahr die Honorare für externe Berater, Gutachter und Fachexperten um 30'000 Franken gekürzt werden sollen, gibt die Stadt hier immer noch zu viel Geld aus. Die Verwaltung hat gut ausgebildetes Personal, das dazu angehalten werden soll, selber zu denken, statt Aufträge an gescheite Leute – womöglich noch ausserkantonale – zu vergeben. Der Weg muss dahin gehen, dass die Angestellten, vor allem Kaderleute, Projekte vermehrt selber leiten und sich in Zukunft weniger auf sogenannte Fachexperten verlassen. Auch die Erläuterungen zu den Unterkonti vermögen mich nicht zu überzeugen, die sind relativ nichtssagend. Ich beantrage Ihnen deshalb eine Kürzung um 80'000 Franken auf 150'000 Franken.

**Stadtpräsident Anders Stokholm:** Ich habe an sich vorhin bereits gesagt, wie sehr ich dieses Amt schätze und auch deren Arbeit. Sie haben Recht, wir geben Geld aus für externe Berater, für Gutachter, für Fachexperten in Projekten. Dieses ganze Gebiet ist sehr komplex. Es geht um die räumliche Stadtentwicklung. Es geht um die Quartierentwicklung. Es geht um Hochwasserschutz an der Thur, es geht um die Aufwertung der Innenstadt. All das ist in diesem Konto enthalten an externer Beratung. Man kann sagen, dass wir gut ausgebildete Leute haben, das ist richtig, aber wir brauchen auch die Expertisen manchmal von anderen, um den Horizont noch weiter zu nehmen und um spezifisches Fachwissen, über das wir selber nicht verfügen, das auch zu teuer wäre, um spezifisches Fachwissen auch mit einzubeziehen. Die Stadtentwicklung ist ein komplexes Geschäft, das einen hohen Koordinationsbedarf benötigt und deshalb benötigen wir auch diese Mittel, die wir ja, wie Sie selber festgestellt haben, bereits reduziert haben von 260'000 Franken auf 230'000 Franken. Ich mache deshalb beliebt, dass man bei diesem Betrag von 230'000 Franken bleibt.

**Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel:** Es tut mir leid, wir müssen diese Abstimmung wiederholen.

#### **Abstimmung**

Antrag Marty:	7 Stimmen
Antrag Stadtrat:	23 Stimmen
Enthaltungen:	5 Stimmen

Seite 20

1412.3132.81 – Diverse Honorare für externe Berater, Gutachter, Fachexperten für Projekte

**Gemeinderat Christoph Tschanen:** Ich beantrage, Position 1412.3132.81 um 60'000 Franken auf neu 400'000 Franken zu kürzen. Begründung: Der Gesamtbetrag der Standortförderung ist mit total 845'000 Franken und zusätzlichen 300 Franken budgetiert. Lasst das euch einmal auf der Zunge zergehen. 845'300 Franken. Die Unterposition auf Seite 20 3132.81 ist mit 460'000 Franken budgetiert. Aufgrund des Fehlbetrags im Gesamtbudget sehen wir hier das Potenzial,

60'000 Franken zu sparen und beantragen, die Position 3132.81 auf neu 400'000 Franken festzulegen.

**Stadtpräsident Anders Stokholm:** Die Position ist vor allem aufgrund des bereits vom Gemeinderat zugestimmten Innovations- und Technologieparkprojekts so hoch, wäre sonst lediglich 220'000 Franken für externe Berater. Dieses Projekt nimmt einen sehr grossen Raum ein. Aber andere Projekte, die laufen oder in Erarbeitung sind, sind ebenfalls sehr wichtig für die Zukunft der Stadt. Gerade die Standortförderung benötigt in Zeiten, wo es wirtschaftlich schwieriger läuft, genau auch ein antizyklisches Verhalten, nämlich einen höheren Einsatz, damit wir die Zukunft bauen können. Ich bitte Sie deshalb darum, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

### Abstimmung

Antrag Tschanen:	15 Stimmen
Antrag Stadtrat:	20 Stimmen
Enthaltungen:	0 Stimmen

### Investitionsrechnung

Register 2

Keine Wortmeldungen.

### Departement 2, Bau und Verkehr

Erfolgsrechnung, Register 3 (hinter dem roten Blatt), Seite 42-64

Investitionsrechnung, Register 2 (hinter dem roten Blatt), Seite 1-3, die Investitionsdetails im Register 6 zu finden.

**Gemeinderat Robert Zahnd, Referent der GPK Bau, Werke, Anlagen:** Auch in diesem Departement hat es nochmals diverse Neuerungen und Verschiebungen gegeben, sodass die Vergleichbarkeit auf Stufe Einzelkonto darum teilweise schwierig ist. Auch die neue Abschreibungspraxis trägt das Ihrige zur Vergleichbarkeit mit der Rechnung bei. Die meisten Kontoverschiebungen sind aber beschrieben. Insgesamt bleibt der Saldo beim ganzen Departement etwa gleich, wobei es natürlich auch grössere Änderungen innerhalb der Konten gibt.  
2111 Bauberatungen und Baubewilligungen.

4210.10 Gebühren für Amtshandlungen: Budget 2015 230'000 Franken, Budget 2016 500'000 Franken. Aufgrund der einfachen Anfrage von Gemeinderat Vetter hat es sich gezeigt, das Frauenfeld die günstigsten Gebühren hat. Eine Überarbeitung des Gebührenreglements ist am Laufen, der Stadtrat geht davon aus, dass die neuen Gebühren schon im Jahr 2016 zum Tragen kommen.

2120 Stadtplanung: 3131.80 fällt weg und ist neu im Konto 3131.00. Der Kanton hat die mit Punkt 80 am Schluss über den ganzen Kontoplan für Sicherheit, Zivilschutz, Militär etc. reserviert.

2121 Beträge Kultur- und Naturobjekte: Der Stadtrat überlegt sich, ob man weiterhin 15 Prozent statt der vorgeschriebenen 10 Prozent beitragen soll.

Tiefbau 3010 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals -70'000 Franken: Für die bewilligte Stelle, die zwischen Hoch- und Tiefbau hälftig hätte aufgeteilt werden sollen, gibt es eine neue Lösung. Die Stelle ist noch nicht besetzt.

3000.05 Fachkommission Tiefbau: Die Fachkommissionen Tiefbau und öffentlicher Verkehr wurden zusammengelegt zur Fachkommission Verkehr und Mobilität. Diese besteht aus neun Mitgliedern und einem Jugendsitz.

Beim öffentlichen Verkehr schlagen die neue Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) und der neue Verteilschlüssel OTV zu Buche.

2241 Stadtbus: 4631 Der Kanton beteiligt sich nur noch mit 15 Prozent am Defizit des Stadtbus-ses.

2260 Abwasserentsorgungen 3232.11 Anteil Betriebskosten ARA: Die grössten 100 ARAs der Schweiz, respektive die jeweiligen Gemeinden, müssen 9 Franken pro Einwohner dem Bund abliefern. Aus diesem Topf soll die dritte Reinigungsstufe finanziert werden.

Keine Wortmeldungen aus dem Rat.

**Gemeinderat Robert Zahnd:** Wieder einmal wurde auch bei uns diskutiert, wieso man immer 100 Prozent budgetiert, obwohl man sicher ist, dass frankenmässig höchstens 80 Prozent ausgeführt werden. Weinfeldern zum Beispiel budgetiert auch nicht 100 Prozent. Mit HRM2 beginnt die Abschreibung erst, wenn eine Investition abgeschlossen ist. Im Hintergrund ist die Arbeit mit diesem System aber nicht einfacher. Die verschiedenen Investitionen wurden besprochen, alle Projekte fanden in der GPK eine Mehrheit. Alle Projekte an dieser Stelle nochmals aufzuzählen, macht keinen Sinn. Sollten Anträge vom Rat erfolgen, muss man nur diese Projekte besprechen.

**Gemeinderat Andreas Elliker, Referent der Fraktion SVP/EDU:** Wie mein Parteikollege und GPK-Kollege Robert Zahnd erläutert hat, sind wir mit dem Ausführungsgrad von nicht 100 Prozent vom Budget zur Rechnung nicht einverstanden. Es ist aber heute zu spät, um dies auf dieses Budget zu korrigieren. Im Strassenbau sind insgesamt 10 Mio. Franken budgetiert. Aus diesem Grund hat unsere Fraktion sich entschieden, drei Anträge zu gewissen Projekten zu stellen, wo wir uns mit grosser Sicherheit fühlen, keine fahrlässigen Handlungen zu machen. Meine Ratskollegen auf der linken Seite haben bei der Bahnhofstrasse heute gesprochen, man müsse mit Achtsamkeit und nicht zu viel Geld im Strassenbau umgehen und man solle sich aufs Nötigste beschränken. Ich hoffe bei meinen Anträgen dadurch auf Unterstützung.

Ich gehe der Reihe nach wie im Register mit den Detailinformationen zu den Projekten.

Die SVP/EDU-Fraktion stellt den Antrag zur Streichung des Projekts 3 Dingenhartstrasse-Bühlstrasse bis zur Gemeindegrenze. Optisch ist diese Strasse in einem sehr guten Zustand. Die Nachbargemeinde hat die Strasse bis zur Gemeindegrenze saniert, daher verstehe ich, dass die Gemeinde Frauenfeld da nicht nachstehen möchte. Das ist für mich kein Grund, ein solches Projekt überhaupt zu starten. Ich erinnere Sie, vor zwei Jahren bin ich auch einmal hier gestanden und habe ein Projekt bekämpft, und das ist die Untergriesenstrasse. Vor einem Jahr habe ich mich zu dieser geäussert. Sie wurde bewilligt. Schauen Sie mal diese Strasse an. Eine richtige Autobahn. Ich wurde von vielen Leuten aus der Umgebung angesprochen, ob es wirklich nötig war, diese Strasse so auszubauen. Ich glaube wirklich, dass wir im Strassenbau Möglichkeiten

haben, die Investitionen auf einen längeren Interwall zu setzen, wenn es zu verantworten ist. Darum stellt unsere Fraktion den Antrag 1 zur Streichung des dritten Projektes Dingenhartstrasse, das ist die gelbe Nr. 3.

**Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel:** Das Projekt finden Sie auf Seite 5 in Register 6.

**Gemeinderat Lukas Hefti:** Ich habe es schon in meinen einleitenden Worten zur Bahnhofstrasse gesagt. Ich finde, die GPK Bau, Werke, Anlagen müsste zuerst mal über diesen Intervall sprechen. Dann muss man etwas festlegen. Die GPK muss eine Empfehlung abgeben, dann können wir auch mit den nötigen Informationen und den nötigen Grundlagen über solche Anträge befinden. Vielleicht fallen diese Anträge dann auch weg.

**Stadtrat Urs Müller:** Ich kann das Votum von Lukas Hefti nur unterstützen. Ich habe das auch nochmals gesagt in der GPK. Wir haben Hausaufgaben gemacht und einiges an Angaben geliefert. Nur wurde diese Diskussion aus meiner Sicht nicht zu Ende geführt. So haben wir dieses Jahr auch wieder das Angebot einer Baustellenbesichtigung gemacht, das nicht jedermann und jede Frau selber die Baustellen, die im Budget sind, anschauen gehen muss. Mit Fachbegleitung könnten zu bestimmende Objekte miteinander besprochen werden. Leider wurde von diesem Angebot kein Gebrauch gemacht. Deshalb nun jetzt auch diese Einzelanträge.

Zur Dingenhartstrasse: Dass die Nachbargemeinde die Strasse auf ihrer Seite saniert hat, ist sicher absolut kein Grund für uns. Der Grund ist im Objektblatt beschrieben. Neu handelt es sich auch wieder um eine Postautolinie. Sie haben das vielleicht mitverfolgt. Die schweren Busse beanspruchen nun mal die Strassen anders und wir haben viele Unebenheiten und die defekte Meteorleitung, welche ein Problem darstellen. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag abzulehnen.

### Abstimmung

Antrag Elliker:	13 Stimmen
Antrag Stadtrat:	20 Stimmen
Enthaltungen:	2 Stimmen

**Gemeinderat Andreas Elliker, Referent der Fraktion SVP/EDU:** Der nächste Antrag unserer Fraktion betrifft eine Verschiebung einer Investition um ein Jahr beim Bienenweg. Grünes Projekt Nr. 1. Wie in der Botschaft erwähnt, ist diese Strasse nicht im Eigentum der Stadt Frauenfeld und gehört teilweise der Unterhaltskorporation Kurzdorf und Auenfeld. Ich habe vor zwei Jahren darauf hingewiesen, dass mit der Korporation das Gespräch gesucht werden soll. Das Gespräch hat stattgefunden, aber es hat noch keine richtige Verhandlung stattgefunden. Es ist noch kein Entscheid gefallen, wie das gelöst werden soll. Ich bin der Ansicht, dass dieses Projekt um ein Jahr nach hinten verschoben werden soll, um diese Unklarheiten zu klären. Eine Korporation hat wie wir im Gemeinderat eine Versammlung und dies ist das oberste Organ. Ich denke, es ist sinnvoll, wenn man ein Projekt auf ein Jahr ansetzt, wo es realistisch ist, dieses zu erstellen. In der jetzigen Situation, wie ich das beurteilen kann, sehe ich nicht, dass dies im Jahr 2016 der Fall ist. Ich bitte Sie darum, den Bienenweg um ein Jahr zu verschieben.

**Stadtrat Urs Müller:** Ich habe hier ein bisschen ein Déjà-vu-Erlebnis wie bei der Bahnhofstrasse. Gemeinderat Elliker hat es selbst gesagt. Bereits als es um die Projektierung ging, stellten Sie in der Ratsdebatte vom 11. Dezember 2013 den Antrag auf Rückstellung beziehungsweise Streichung. Der Vorwurf lautete mangelnde Absprache mit dem Miteigentümer – ich sage dem ein-

fach einmal Miteigentümer. Es ist wie gesagt eine Strasse, wo mehr oder weniger in der Mitte die eine Hälfte der Stadt und die andere Hälfte der Unterhaltskorporation Kurzdorf Auenfeld gehört. Am 10. März 2014 genau um 11 Uhr hatten wir Termin vor Ort mit den Vertretern. Die Absprache hat stattgefunden, dem spricht auch Andreas Elliker nicht entgegen. Ich sehe aber nicht ein, was eine weitere Verschiebung bringen soll. Die Verhältnisse müssen geklärt werden und ich denke, diese Strasse sollte zu einer normalen städtischen Strasse werden. Es ist noch ein altes Relikt, das wir da haben und dabei muss auch die Sache mit dem Grundbuch geklärt werden. Eine Verschiebung bringt aus meiner Sicht nichts. Ich bitte Sie deshalb, diesen Antrag abzulehnen.

### **Abstimmung**

Antrag Elliker:	13 Stimmen
Antrag Stadtrat:	20 Stimmen
Enthaltungen:	2 Stimmen

**Gemeinderat Elliker, Referent der Fraktion SVP/EDU:** Ich nehme das sehr gern zur Kenntnis, dass der Gemeinderat über den Bienenweg so abgestimmt hat, aber trotzdem kann der Gemeinderat nicht entscheiden, ob diese Strasse zum Eigentum der Stadt wird oder nicht. Ich auch nicht. Aber ich möchte das einfach noch so im Raum stehen lassen.

Unsere Fraktion stellt noch einen dritten Antrag, und zwar geht es hier um die Obholzstrasse, grünes Projekt Nr. 10. Ich komme da wieder mit der Untergriesenstrasse. Ich weiss, dass auf dieser Strasse der Stadtbus durchfährt, aber er ist dort nicht in Zeitdruck. Ich sehe hier auch keine rasche Handlung, um dieses Projekt durchzuführen. Ich bitte Sie, dieses Strassenprojekt Oberholzstrasse, grünes Projekt 10 zu streichen.

**Stadtrat Urs Müller:** Auch hier gleiche Situation wie besprochen bei der Dingenhartstrasse, jedoch bei der Dingenhartstrasse handelt es sich um das Projekt, hier bei der Oberholzstrasse um die Ausführung. Es wurde gesagt, es handelt sich ebenfalls um eine Stadtbuslinie – wiederum das Problem mit den schweren Fahrzeugen. Wir haben kaputte Ränder, die jetzt saniert werden sollten, wir haben laufend Aufwendungen, Sanierungen, die momentan durch den Werkhof ausgeführt werden. Ich bitte Sie deshalb, diesen Antrag ebenfalls abzulehnen.

### **Abstimmung**

Antrag Elliker:	14 Stimmen
Antrag Stadtrat:	18 Stimmen
Enthaltungen:	3 Stimmen

### **Departement 3, Werke, Freizeitanlagen und Sport**

Erfolgsrechnung, Register 3 (hinter dem roten Blatt), Seite 64-79

Investitionsrechnung, Register 2 (hinter dem roten Blatt), Seiten 3-4 und die Investitionsdetails im Register 6.

**Gemeinderat Andreas Elliker, Referent der GPK Bau, Werke, Anlagen:** An unserer GPK-Sitzung informierte uns Stadtrat Ruedi Huber sowie Amtsleiter Fabrizio Hugentobler ausführlich über sein Departement. Besten Dank für die offenen Informationen.

Die Erfolgsrechnung 2016 hat gegenüber dem Vorjahr 581'970 Franken höhere Ausgaben. Aus folgenden Gründen fallen die höheren Ausgaben an: Die Abschreibungen sind nun fest zugeteilt, was sich auf die Ausgabenseite auswirkt und dies bei jeder Anlage. Dazu die vom Gemeinderat bewilligte Stelle im Casino. Weiter sind die Unterhaltskosten bei folgenden Anlagen höher als im Vorjahr: Bei Hallen-, Frei- und Sprudelbad: Durch die vielen Besucher braucht es einen höheren Unterhalt, zum Beispiel Javelwasser etc. Das Casino muss den neusten Sicherheitsstandards angepasst werden, was ebenfalls zusätzliche Kosten verursacht.

Weiter gibt es noch eine Anmerkung auf Seite 69 beim Konto 3199.01. Nicht abzugsberechtigter Anteil an Vorsteuern Mehrwertsteuer: Diese 15'000 Franken wurden nicht im Budget aufgenommen, was untergegangen ist. Dies kommt nun auf der Aufwandseite dazu. Zu den Investitionen gab es in der GPK keine grosse Diskussion. Sie waren unbestritten.

Keine Wortmeldungen aus dem Rat.

### **Departement 4, Gesundheit und Alter**

Erfolgsrechnung, Register 3 (hinter dem roten Blatt), Seiten 79-86.

**Gemeinderat Christoph Keller, Referent der GPK Gesellschaft und Gesundheit:** Im Departement Alter und Gesundheit fällt auf den ersten Blick auf, dass der Nettoaufwand um 290'000 Franken gestiegen ist. Der markante Anstieg ist aber praktisch ausschliesslich durch gebundene Ausgaben entstanden. Der Spielraum zum Sparen ist gemäss der Departementsvorsteherin Aepli marginal. In diesem Zusammenhang wurde in der GPK erneut der Wunsch laut, dass die gebundenen Ausgaben im Budget markiert werden. Gemäss Finanzchef Angern verhindert ein informatiktechnisches Problem im Moment noch diese Möglichkeit. An der GPK-Sitzung waren erste Resultate des Projekts „Älter werden im Quartier“ (AWIQ) zu erfahren. Für die Umsetzung des ersten Teils des zweijährigen Projekts im Kurzdorf wurde eine erste Tranche von 30'000 Franken budgetiert. Mittelfristig hofft Stadträtin Aepli auf namhafte Beiträge im Rahmen von 74'000 Franken durch die AIDS-Stiftung. Das Projekt AWIQ gehört in den Aufgabenbereich des neuen Amtsleiters Urban Kaiser. Ein weiteres Beispiel, wie man mit relativ kleinen Projektbeiträgen grössere Beiträge von Stiftungen auslösen kann, ist Folgendes: Die 15'000 Franken im Konto 3132.43 „Gute Lebensqualität mit der Diagnose Demenz“ lösen einen bereits zugesagten Beitrag von 275'000 Franken der Stiftung Symphysis aus. In den Zahlen des Kontos 4110 Zentrale Dienste sind die Pensen des neuen Abteilungsleiters Urban Kaiser 70 Prozent, der Anlaufstelle von Verena Rieser 50 Prozent und des Abteilungssekretariats neu 15 Prozent enthalten. Diese Neuaufteilung ist einerseits die Folge der heftigen Budgetdebatte des letzten Jahres, andererseits entspricht sie aber auch grösstenteils den Wünschen der Amtsinhaber.

An der GPK-Sitzung wurde auch Klarheit geschaffen bezüglich der neuen Funktion des Sicherheitsbeauftragten. Urban Kaiser wird seine zehnjährige Erfahrung in diesem Bereich mit etwa 10 Prozent seiner 70%-Stelle als Abteilungsleiter einbringen und dem wirklich imposanten Organigramm der städtischen Sicherheitsorganisation vorstehen.

Eine grössere Diskussion entwickelte sich beim Konto 4140 Ambulante Betreuung Krankheit und Alter. Die Budgetzusammenstellung der Spitexleistungen zeigen, dass die budgetierten Leistungen von 1,55 Mio. Franken nicht reichen und dass eine Leistungsvereinbarung über 1,65 Mio. Franken abgeschlossen werden muss. Stossend dabei ist nicht zuletzt auch, dass diese Schieflage nach der Erweiterung der Spitex zuerst um die Gemeinde Gachnang und dann zusätzlich um die Gemeinden Herdern, Hüttwilen, Neunforn, Uesslingen, Buch, Wart-Weiningen entstanden ist. Da in der Spitex die Wegkosten nicht verrechnet werden dürfen, die Arbeiten aber vor allem in den neuen Gemeinden ausserhalb entstehen, ist es naheliegend, dass zwar Kosten entstehen, wenn sie aber keiner bezahlen will, ist ein Loch die Folge und davor stehen wir jetzt. Bemerkenswert, dafür gäbe es allerdings auch noch andere, deutlichere Worte, ist, dass sich die neuen Spitexgemeinden zuerst am Fehlbetrag beteiligen wollten, im letzten Moment kurz vor unserer GPK-Sitzung aber einen Rückzieher machten und sich hinter einer Leistungsvereinbarung mit dem Kanton versteckten. Dass die fehlenden 90'000 Franken von der Spitex als Defizit verbucht oder von der Stadt ausgeglichen werden müssen, ist äusserst stossend. Eigenartig mutet auch an, dass bei Spitexleistungen keine Wegkosten verrechnet werden dürfen. Gemäss Stadträtin Aepli ist aber eine Schuldzuweisung nicht einfach, weil die Spitexberechnungen äusserst komplex sind. Weiter hat die Spitex Frauenfeld von der Gebietserweiterung auch profitiert, so sind die 40'000 Franken Einwohner, die jetzt neu zur Spitexregion gehören, eine ideale Grösse für ein optimal ausgerichtetes Spitexangebot. Neu können zum Beispiel auch Palliative Care und psychiatrische Dienstleistungen angeboten werden. Wichtig erscheint auch, dass bei dem ganzen Krankenpoker nicht bei den Löhnen gespart wird, spürt unsere Spitex doch schon jetzt einen Lohndruck aus dem Kanton Zürich und muss versuchen, die eigenen Leute bei der Stange zu halten. Dennoch bleibt zu wünschen, dass bei künftigen Verhandlungen mit den zusätzlichen Vertragsgemeinden der Fokus nochmals auf dieses Thema gelegt wird. Es darf einfach nicht sein, dass hier eine neue Zentrumslast herangezüchtet wird. In der abschliessenden Abstimmung würdigten die GPK-Mitglieder die Arbeit des Departements 4 mit einer einstimmigen Annahme der vorgeschlagenen Budgetzahlen.

*Seite 80*

4000.3132.81 – Diverse Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten für Projekte

**Gemeinderat Fredi Marty (Mprof):** Im Departement für Alter und Gesundheit wird meines Erachtens zu viel Geld ausgegeben. 120'000 Franken allein für diverse Honorare wie oben gesagt. So sind zum Beispiel für das Projekt „Älter werden im Quartier“ 30'000 Franken veranschlagt. Hierzu ein Beispiel, wie die Kosten unnötig hochgetrieben werden: Jetzt kommt sogar ein AWIQ-Newsletter in die Haushaltungen. Mit Verlaub Frau Stadträtin Aepli, das ist ein Informations-Overkill. Wir haben die Stadtzeitung frauenfeld.ch, die vierteljährlich erscheint. Dort können Sie die Einwohnerinnen und Einwohner über den Stand der Dinge informieren. Dann gibt es auch noch die beiden amtlichen Publikationen Thurgauer Zeitung und Frauenfelder Woche. Vor allem in der FW haben Sie immer wieder Gelegenheit, uns über Ihr AWIQ-Projekt auf dem Laufenden zu halten. Die sind dankbar für jede amtliche Berichterstattung. Und nicht zu vergessen die Kurzdorfer Zeitung, die als Quartierzeitung geradezu geeignet ist, zum Beispiel

über die Freiwilligenarbeit im Eisenwerk zu berichten. Der AWIQ-Newsletter ist daher völlig überflüssig.

Ein besonderes Ärgernis ist für mich das Unterkonto 3132.81.45 Gesundheitsförderung, wo wieder einmal ein mögliches Projekt angekündigt wird. Alle Jahre wieder kommt das Christkind nieder und bringt 5'000 Franken für irgendetwas, das vielleicht, vielleicht in Bewegung kommt. Ersatzlos streichen bitte. Insgesamt beantrage ich, im eingangs erwähnten Konto, Diverse Honorare externe Berater etc., eine Aufwandkürzung um 40'000 Franken auf 80'000 Franken.

**Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel:** Frage an Gemeinderat Marty: Sind es zwei Anträge auf 120'000 Franken und 5'000 Franken zu kürzen?

**Gemeinderat Fredi Marty (MproF)** (lachend): Die 5'000 Franken sind inbegriffen.

**Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel:** Besten Dank.

**Stadträtin Elsbeth Aepli:** Ich habe ganz bewusst diese Honorare von 120'000 Franken aufgeteilt auf verschiedene Posten, damit man konkret sagen kann, was man streichen will. Bezüglich der 5'000 Franken für Gesundheitsförderung hat Gemeinderat Marty zu Recht darauf hingewiesen, es heisse immer, möglicherweise komme ein Projekt und dann kommt keines. Es ist jeweils nichts gekommen, weil wir die interne Personalkapazität nicht hatten. Wir haben das Geld dann aber auch nicht verbraucht, das sieht man jeweils in der Rechnung. Jetzt hoffen wir wirklich, dass Urban Kaiser als Amtsleiter in diesem Bereich etwas machen kann, auch mit dem Zweckverband Perspektive zusammen. Wenn es nichts gibt, wird nichts gemacht.

Älter werden im Quartier: Das Projekt selber ist ja an sich ein gutes Projekt wie ich aus Ihrem Votum entnehmen kann. Sie kritisieren den Newsletter. Das Projekt „Älter werden im Quartier“ ist bekanntlich stark fremdfinanziert von der age-Stiftung. Diese fordert Dokumentation und Berichte im Quartier. Das kann die Einwohnerzeitung nicht erfüllen, weil es ja nur das Kurzdorf betrifft. Auf der Homepage ist er AWIQ-Newsletter dann für jedermann einsehbar, verteilt worden ist er nur im Kurzdorf. Wir nutzen die Frauenfelder Woche und die Thurgauer Zeitung so stark, wie es geht und wir sind sehr zufrieden, dass wir das auch können.

Schwierig ist der Antrag bezüglich genereller Streichung von 40'000 Franken. Ist die Meinung, dass prozentual gestrichen werden muss oder darf ich auch etwas ganz streichen? Wenn man die 5'000 Franken bei der Gesundheitsförderung streicht, wissen wir, dass wir nichts mehr machen können.

**Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel:** Ich mache beliebt, über den Antrag so abzustimmen, wie Fredi Marty das formuliert hat, dass die 120'000 Franken um 40'000 Franken reduziert werden. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Keine Einwände aus dem Rat.

**Abstimmung**

Antrag Marty:	5 Stimmen
Antrag Stadtrat:	25 Stimmen
Enthaltungen:	5 Stimmen

**Departement 5, Gesellschaft und Soziales**

Erfolgsrechnung, Register 3 (hinter dem roten Blatt), Seiten 86-102

Investitionsrechnung, Register 2 (hinter dem roten Blatt), Seite 4.

**Gemeinderat Lukas Hefti, Referent der GPK Gesellschaft und Gesundheit:** An der Sitzung war Stadträtin Christa Thorner mit ihren beiden Amtsleitern Markus Kutter und Turi Schallenberg anwesend, die fachkundig Red und Antwort gestanden haben. Ich möchte zu einigen Themen kurz etwas sagen. Es kommen nicht so viele Zahlen, sondern mehr Themen.

Zur momentanen Asylsituation ist zu sagen, dass Frauenfeld gemäss kantonalem Schlüssel verpflichtet ist, 81 Asylsuchende aufzunehmen, sich die Zahl aber wegen des Standorts eines kantonalen Durchgangsheims, das an der Häberlinstrasse ist, um ca. einen Drittel vermindert. Die Stadt ist bemüht, Wohnraum für Asylsuchende zu finden, was aber eine grosse Herausforderung ist. Auch ist man bemüht, einen ständigen Dialog mit dem Kanton zu pflegen. Solange aber keine Wohnungen gefunden werden, sind die Asylsuchenden noch im nationalen Empfangszentrum, beispielsweise in Kreuzlingen, in einem Durchgangsheim oder in anderen Gemeinden untergebracht. Die GPK konnte sich jedenfalls von den Bemühungen des Amtsleiters der sozialen Dienste Thuri Schallenberg überzeugen, dass die Zahl der offenen Fälle stark gesenkt werden konnte. Allerdings war das ein Einmaleffekt. Es ist wichtig, dass die absolute Höchstbelastung von 80 bis 100 Fällen pro Sozialarbeiter nicht überschritten wird, weil beobachtet werden kann, dass die Ablösequote sinkt, je höher die Belastung des einzelnen Sozialarbeiters ist. Je besser die Fälle verteilt sind, desto eher können sie abgeschlossen werden. Wir liessen uns ausserdem informieren, dass bei den angebotenen Deutschkursen der Fachstelle Integration und Bildung bereits ein Tarif für Auswärtige besteht. Jeder Kunde, jede Kundin bezahlt ein Drittel der Kurskosten selbst. Ein Drittel kommt vom Bund oder Kanton und ein Drittel von der Gemeinde. Bei Auswärtigen entfällt das Drittel der Gemeinde und wird manchmal oder teilweise durch die Wohngemeinde übernommen. So konnten die Einnahmen in diesem Bereich leicht erhöht werden.

Anträge gab es in der Erfolgsrechnung zu folgenden Punkten:

Seite 88 Position 5001.3636.00 Auslandhilfe: Das sollte vollständig gestrichen werden. Der Antrag wurde mit 3 zu 4 Stimmen abgelehnt.

Zwei Anträge kamen zur Seite 101 Streichung der ganzen Position 5205 Familien- und kinderfreundliche Stadt. Der Antrag wurde mit 1 zu 6 Stimmen abgelehnt.

Seite 101 5205.3132.00 Die Planungsarbeiten und Rezertifizierung kinderfreundliche Stadt. Dazu gab es noch eine kurze Information von Markus Kutter, der berichtete, dass dieses Zertifikat nicht mit einem ISO-Zertifikat zu vergleichen ist, sondern dass die Stadt für dieses Zertifikat die Ziele selbst festlegt und an einem bestimmten Tag Fachleute zu uns nach Frauenfeld kommen und diese Massnahmen überprüfen. Die Kosten für den Besuch dieser Fachleute belaufen sich auf 3'000 Franken von diesen 9'000 Franken. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Das Budget der Abteilung 5 wurde insgesamt mit 6 zu 1 angenommen.

Investitionsrechnung: Eine längere Diskussion gab es zum Projekt des Platzes hinter dem Jugendtreff 20gi. Ich weiss nicht, ob alle wissen, wo das ist. Gleich nach der Unterführung beim Bahnhof rechts Richtung Norden. Dieser Kredit wurde aus dem Budget 2015 gestrichen. Nach wie vor besteht dort Gestaltungsbedarf und das mit Jugendlichen zusammen ausgearbeitete Projekt ist bereit zur Realisierung. Die Unterlagen wurden der GPK nach der Sitzung per Mail zugestellt. Sowohl der Antrag, den Betrag auf gut einen Sechstel zu kürzen, als auch der Antrag um Verschiebung des Projekts um ein Jahr wurden mit 1 zu 5 Stimmen bzw. 3 zu 4 Stimmen abgelehnt.

Seite 88

5001.3638.00 – Auslandhilfe (an Hilfswerke)

**Gemeinderat Thomas Gemperle:** Wie Sie bekanntlich wissen, ist der Stadtrat aufgrund einer Motion aus dem letzten Jahrhundert verpflichtet, diesen Betrag zu budgetieren. Er hat in diesem Sinn gar keine Möglichkeit, hier etwas Geringeres einzusetzen und darum muss der Gemeinderat einen Antrag stellen, um hier eine Kürzungsmöglichkeit sichtbar zu machen. Ich stelle den Antrag, dieses Konto um 40'000 Franken zu reduzieren auf 45'000 Franken. Nicht wie in der GPK, dass es ganz gestrichen werden soll. Ich bin zwar nach wie vor der Meinung, dass es keine Aufgabe der Stadt Frauenfeld ist, weil wir ja auf nationaler Ebene und auf kantonaler Ebene Entwicklungshilfeprojekte haben, die vor allem in den letzten Jahren enorm viel mehr Mittel erhalten haben, darum bin ich der Meinung, dass wir hier auch im Zeichen der knappen Finanzen mit 40'000 Franken weniger auskommen könnten.

**Gemeinderat Pascal Frey:** Ich möchte Sie einfach nochmals daran erinnern, die Projekte haben immer einen Bezug zu Frauenfeld und ich denke, wir sind moralisch auch etwas dazu verpflichtet, hier etwas zu tun. Klar, es gibt den Bundeseinsatz, es gibt privaten Einsatz und so weiter, es sind die Landeskirchen, die da tätig sind, aber wir dürfen auch nicht vergessen, uns geht es hier sehr gut, und weshalb nicht nur einen ganz minimalen, kleinen Teil weitergeben, damit es andere vielleicht auch etwas besser haben? Und auch an Ihre Seite gerichtet: Jede Person, die vor Ort versorgt werden kann oder der vor Ort geholfen werden kann, kommt nicht in die Schweiz. Das sollte auch in Ihrem Sinn sein.

**Gemeinderat Thomas Gemperle:** Ich möchte da entgegnen, wenn man die Vereine aus Frauenfeld berücksichtigt, ich habe hier die Auflistung 2013, was da für Institutionen berücksichtigt wurden. Wenn man diese Vereine aus Frauenfeld nimmt, sind das weniger als 20'000 Franken. Wir sind also mit 45'000 Franken immer noch weit darüber. Was ich anspreche, ist beispielsweise Helvetas, Projekt Wasser und Siedlungshygiene, Schweizerisches Komitee für UNICEF, Spende für philippinische Kinder, Solidar Suisse in Zürich, Projekt Mitreden und Vorwärtskommen, Solidarität dritte Welt aus Gossau, Ausbildung Lehrpersonen in Nordkenya. Das sind solche Projekte, wo ich den Bezug zu Frauenfeld nicht sehe. Ich sage, Projekte mit Bezug zu Frauenfeld in einem reduzierten Mass kann man machen, aber hier hat es zu viel Geld drin, hier hat es Kürzungsbedarf.

**Gemeinderat Benjamin Stricker:** Ich sehe nicht genau, weshalb Sie in dieser Zeit mit so einem Antrag kommen. Ich verstehe die Pflicht der Stadt nicht darin, dass sie ausschliesslich Projekte unterstützt, die einen Bezug zur Stadt haben. Wir sind hier global betrachtet die Reichen und es gibt andere. Ich stelle einen Gegenantrag, diesen Budgetposten auf 120'000 Franken aufzustocken.

**Gemeinderat Thomas Gemperle:** Man kann immer mehr machen, man kann immer mehr Geld verteilen. Das ist möglich. Ich möchte auch an die aktuelle Situation im Flüchtlingswesen hinweisen, bei der massive Aufgaben auf uns zukommen, gerade auch in diesem Departement, wo das Asylwesen drin ist, wo keine Kostensteigerungen budgetiert sind für 2016. Ich glaube, dass es da Kostensteigerungen geben wird und wir werden noch genügend für Flüchtlinge, für Benachteiligte machen können. Es ist nicht nötig, dass wir hier in diesem Ausmass bei diesem Konto uns so dafür einsetzen.

**Stadträtin Christa Thorner:** Ich plädiere selbstverständlich dafür, dass Stadt- und Gemeinderat diese alte Tradition aus dem letzten Jahrhundert, nämlich die Solidarität als doppelte Verpflichtung auch weiterhin praktizieren. Prioritär ist der Leitsatz unserer Stadt, die Stadt Frauenfeld ist eine aktive, solidarische Gemeinschaft mit lebenswerter Umwelt. Sie kennen den Satz mittlerweile. Das ist prioritär natürlich nach innen gerichtet. Aber der Gemeinderat und der Stadtrat praktizieren diese Solidarität seit über 30 Jahren auch in Verbundenheit mit den Notleidenden der Welt. Mit der Streichung der Auslandhilfe würde der Stadt die Möglichkeit genommen, auch bei ausserordentlichen Hilfsaktionen, wie sie dieses Jahr zwei Mal der Fall waren, Hilfe zu leisten. Beispielsweise für die Erdbebenopfer im Mai dieses Jahres in Nepal. Die Stadt konnte mit der Auslandhilfe die Existenz von Hunderten von Kindern und Jugendlichen und Familien in der Dritten Welt in den vergangenen Jahren nachhaltig verbessern. Wenn Sie diese Projekte ansprechen, die wir prioritär unterstützen, welche eine Referenz einer Frauenfelder Persönlichkeit besitzen, oder es kann ein Verein sein, der hier domiziliert ist. Wir haben aktuell zwei solche Vereine. Der eine ist dieses Hilfsprogramm in Malawi, eine Bildungseinrichtung von Heidi Fuchs, der ehemaligen Kantonsschullehrerin. Das andere Projekt, das auch in frauenfeld.ch präsentiert wurde, ist im Kongo ausgesiedelt und wird getragen von einem Verein dessen Referenz Hansjörg Enz ist. Diese Persönlichkeiten und im Fall von Stiftung Solidarität Dritte Welt Gossau ist es Hermann Bürgi, der Alt-Ständerat, der als Referenz bürgt. Bürge im doppelten Sinn. Er bürgt für die Seriosität dieser Institutionen, nämlich dass die Mittel auch dort ankommen, wo sie sollen. Frauenfeld tut dies, andere Städte tun dies. Wir werden im kommenden Jahr unsere Mittelvergabe mit der Stadt St. Gallen und Stadt Winterthur absprechen, dass wir vielleicht noch gezielter und nachhaltiger die Projekte auswählen. Das ist eine Initiative, die von diesen drei Städten bereits praktiziert wird mit Schaffhausen zusammen und Frauenfeld nun eingeladen ist, im nächsten Jahr ebenfalls mit einem Projekt, das wir bereits unterstützen oder unterstützen wollen, auch mit Winterthur, St. Gallen und Schaffhausen in eine breitere Unterstützung zu gelangen. Mit gleichem Budget, da sind wir gebunden. Ich bitte Sie also, dieses Zeichen der Humanität auch im kommenden Jahr fortzusetzen und bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen.

#### **Abstimmung**

Antrag Gemperle:	17 Stimmen
Antrag Stricker:	13 Stimmen
Enthaltungen:	5 Stimmen

#### **Gegenüberstellung Antrag Gemperle gegen Antrag Stadtrat**

Antrag Gemperle:	14 Stimmen
Antrag Stadtrat:	19 Stimmen
Enthaltungen:	2 Stimmen

Seite 101

5205.3132.00 – Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.

**Gemeinderat Christoph Tschanen:** Ich beantrage die Streichung der 9'000 Franken für die Rezertifizierung der kinderfreundlichen Gemeinde.

Begründung: Die Verantwortlichen wissen mittlerweile, wie die Ziele des Labels umgesetzt werden können, und halten sich an diese Vorgaben. Dies zeigen auch die erfolgreich realisierten Projekte. Ich glaube, aus diesen Gründen können wir es uns nicht mehr leisten, ein wünschenswertes Label zu kaufen und weiterhin unseren Finanzhaushalt noch mehr zu schwächen.

**Stadträtin Christa Thorner:** Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Ich erläutere Ihnen weshalb. Frauenfeld hat das Label „Kinderfreundliche Gemeinde“ als erste Kantonshauptstadt in der Schweiz erhalten. Und das war nicht aus purem Ehrgeiz, sondern das war ein Resultat zahlreicher Massnahmen, die wir im Rahmen der Stadtentwicklung kinderfreundliche und familienfreundliche Stadt geplant und auch umgesetzt haben. Die Stadt wie die Primarschulgemeinde, und das ist ein ganz wichtiger Partner in diesen Prozessen, sowie zahlreiche Vereine stehen hinter diesem Massnahmenplan. Dieser Massnahmeplan ist in der Bündelung ein Gütesiegel, und dieses Gütesiegel wurde uns verliehen im Jahr 2012 für genau diese zahlreichen Massnahmen, die auch einzeln aufgeführt nicht nur im Kinderrat passiert sind, sondern auch in weiteren Massnahmen. Mittlerweile sind das Massnahmen, die auch zum Standard in unserer Stadt gehören. Ich erinnere an das Kinderfest, wo zahlreiche Vereine alle zwei Jahre ehrenamtlich tätig sind, aber auch weitere Engagements, die ehrenamtlich getätigt werden. Ich erinnere an die Bibliothek der Kulturen, wo eine grosse Gruppe von ehrenamtlich Tätigen gratis unterwegs ist, genau in der Bildung von kleinen Kindern. Das UNICEF-Label ist also nicht das Ziel gewesen, sondern quasi ein erwünschtes Nebenprodukt, das uns auch auszeichnet. Wenn Sie die Homepage der Stadt Frauenfeld aufstarten, sehen Sie rechts unten das Energielabel und Sie sehen auch das Label der kinderfreundlichen Stadt. Man kann vom Label halten, was man will. Es ist ein Gütesiegel so oder so. In diesen 9'000 Franken sind die Kosten von diesem Label mit 3'500 Franken verbucht. Die anderen Kosten beziffern sich unter anderem durch Workshops mit diesen Kindern. Sie wissen, dass wir in Frauenfeld über ein sehr breites Netz von Schülerräten verfügen. Das ist das, was die Schulgemeinde über Jahre erfolgreich aufgebaut hat, nämlich dass jede Schulklasse zwei Vertreter in diesem Schulrat hat. Daraus wiederum werden die Kinder für den Kinderrat rekrutiert. Übrigens ein sehr gutes Rekrutierungsbecken für die Jugendsitze in den Kommissionen, wo wir einen Jugendsitz zu besetzen haben. Es ist gar nicht so einfach, Jugendliche mit 14, 15 Jahren in die Besonderheiten der demokratischen Prozesse einzuführen. Sie lernen das bereits im Kinderrat. Wie gesagt, diese Workshops, wo wir mit den Kindern arbeiten und auch die Stadtentwicklung begleiten, sind für uns nicht nur die Detektive, sondern auch die Journalisten, die auch mittlerweile in der Frauenfelder Woche ihre feste Kolumne haben. In diesen 9'000 Franken sind auch diese Kosten verbucht. Das heisst, diese Rezertifizierung ist lediglich mit 3'500 Franken zu berappen. Wir wollen diese Zertifizierung nicht als nice to have betrachten. Schon gar nicht als überflüssiges Brimborium. Sondern ein Gütesiegel für die Massnahmen, die wir sowieso im Rahmen unserer Stadtentwicklung in verschiedenen Bereichen unternehmen. Das geht von Hoch-, Tiefbau bis hin zur Polizei oder Feuerwehr. Lassen Sie uns also hier keine Abbrüche statuieren, und ich bitte Sie, diesen Betrag weiterhin im Budget zu behalten.

**Abstimmung**

Antrag Tschanen:	14 Stimmen
Antrag Stadtrat:	20 Stimmen
Enthaltungen:	1 Stimme

**Investitionsrechnung**

**Gemeinderat Christoph Tschanen:** Ich versuche es ein letztes Mal: Dann habt ihr vor mir Ruhe. Ich beantrage Rückstellung der Investition des 20gi um mindestens ein Jahr, eventuell sogar zwei.

Begründung: Im Murg-Areal, das ist das Bauprojekt, das gerade hinter dem Bahnhof gestartet wurde, wird nun neu gebaut. Für mich ist die Planung nicht abgestimmt mit den neuen Anrainern dort unten. Wie die zuständige Stadträtin sagte, dass das Projekt mit den Nachbarn nicht vorbesprochen worden sei. Für mich macht auch eine vorgesehene Grillstelle in unmittelbarer Wohnnähe nicht unbedingt den besten Eindruck respektive sind dort Geruchsimmissionen vorgeplant und der entsprechende Ärger ebenfalls. Zudem ist meinerseits auch der Pavillon in Frage gestellt. Ich bin der Meinung, dass dies zu steigenden Lärmimmissionen beiträgt und entsprechend ab 22.05 Uhr die Polizei vorfahren und die Jugendlichen zur Ruhe mahnen muss. Auch ist dort eine öffentliche Toilettenanlage geplant. Ich weiss nicht, ob ich meinen Sitzplatz gleich neben dieser Toilette haben möchte. Ich hätte dort als zukünftiger Mieter oder Besitzer ein bisschen Mühe, das mit mir zu vereinbaren. Auch ist der Durchgangsbereich im Norden der Gleise noch nicht definitiv projektiert in dem Sinn, dass man dort allenfalls noch einen Fussgängerweg oder macht oder mit den Velos zu den Veloständern fahren will. Ich denke, dort müsste man sich auch noch zwei, drei Fragen stellen. Ebenfalls stelle ich mir die Frage, ob es nicht auch sinnvoll wäre, zu diesem Riesenbetrag von 115'000 Franken die Jugendlichen zu involvieren. Die waren jetzt zwar in der Ideengebung involviert, aber wenn sie etwas Frondienst leisten würden, würden sie vielleicht dieser Anlage mehr Sorge tragen. Sonst haben wir dort sicher jedes Jahr Schnitzereien oder Sprayereien oder desgleichen, wo man wieder putzen darf und der Werkhof dementsprechend sicher auch keine Freude hat. Als Denkanstoss für die Gesundheitslobby noch: Ich glaube, wir haben relativ viel Geld investiert auch in den nahe gelegenen Murg-Auen-Park und das 20gi ist ja nicht so weit entfernt, dass die Jugendlichen nicht auch dorthin zum Bräteln gehen könnten, sogar ein Dach über dem Kopf hätten und wo auch der Nachbar nicht schon um 22 Uhr herunterschaut, sondern wo sie sich etwas in der Dunkelheit wohlfühlen könnten. Ich glaube, ihnen wäre mehr geholfen, sich dort hinten vergnügen zu können. Entsprechen stelle ich den Antrag, das Projekt um ein bis zwei Jahre zu verschieben, dass all die Fragen, die ich nun hier gestellt habe, geklärt und zu meiner Zufriedenheit beantwortet werden können.

**Gemeinderat Lukas Hefti, Referent der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO:** Diese Fragen, die aufgeworfen worden sind, klingen für mich eher nach Mutmassungen. Ich möchte auch ein paar Worte zu diesem Ausbauprojekt sagen. Für mich ist der Zeitpunkt für diese Umsetzung ideal. Es ist genau bekannt, was auf dem ehemaligen Parkplatz SBB Nord gebaut werden soll, auch müssen die künftigen Mieter der neuen Liegenschaft 2018 nicht mit Baulärm belästigt werden, was sie auch stören würde. Wo uns der Schuh aber wirklich drückt, ist, dass man dieses Projekt gemeinsam mit Jugendlichen geplant hat und die Umsetzung schon um ein Jahr verschoben hat. Wird dieses Projekt erst 2017 oder 2018 umgesetzt, sind diese Jugendlichen über alle Berge. Die sind dann erwachsen und das Projekt ist für sie gestorben. Dann kann man ein neues Projekt erarbeiten. Wir wehren uns dagegen, dass der Elan und die Partizipation dieser

Jugendlichen auf diese Art gebremst wird. Dass sich die Jugendlichen auch im Murg-Auen-Park aufhalten können, ist für mich etwas zu kurz gedacht. Der geplante Aussenbereich ist eine Ergänzung zur bestehenden Infrastruktur vor Ort und befindet sich aus gutem Grund unmittelbar beim Bahnhof. Hier bei der Jugend sparen und sich nachher über die Bahnhofhänger beklagen – das ist nun auch eine Mutmassung -, geht für uns nicht auf. Zum Schluss möchte ich noch anmerken, dass das Departement 5 Gesellschaft und Soziales bei Bauprojekten sehr haushälterisch mit dem Geld umgeht. Der Umbau der Liegenschaft Rheinstrasse 6 konnte einiges unter Budget abgeschlossen werden. Aus all diesen Gründen bitten wir Sie, den Antrag abzulehnen.

**Gemeinderat Christoph Tschanen:** Nur ganz kurz: Dass man etwas verschieben muss, ist wohl das Normalste im Leben und ich glaube, damit könnten sie schon konfrontiert werden. Das ist ein normaler Lernprozess im Erwachsensein. Und wer erwachsen oder in der Lehre ist, könnte genau diesen Frondienst leisten, den ich vorhin gefordert habe. Die haben ja schon eine gewisse Ausbildung und könnten entsprechend vielleicht Zimmermannsarbeit oder Stahlbauunterstützung geben.

**Stadträtin Christa Thorner:** Es geht um die Aussenraumgestaltung des 20gi. Als vor einem Jahr dieses Projekt vor uns gelegen hat im Stadtrat und dann auch im Gemeinderat, gab es inhaltlich keinerlei Widerstand. Es ist ein Projekt, das aufgrund des Sparauftrags im Stadtrat um ein Jahr verschoben wurde. Die Rahmenbedingungen haben sich geändert und das ist auch das Argument von Gemeinderat Christoph Tschanen, dass man das jetzt nochmals verschieben soll. Unseres Erachtens, und ich habe da nochmals vertieft nachgefragt, Sie haben es richtig gesagt, wir wurden in der GPK überrascht von diesem Widerstand, weil wie gesagt vor einem Jahr hier keinerlei Besorgnisse aufgetaucht sind. Wir haben die Lage dann noch einmal beurteilt und sind mit dem Projektverantwortlichen ins Gespräch gegangen. Wir haben auch festgestellt, dass diese Gespräche tatsächlich geführt wurden mit den SBB-Verantwortlichen und den Nachbarn, auch mit dem hier anwesenden Gemeinderat Geuggis, dass aber, und das stimmt natürlich, im Rahmen eines Vorprojekts die Detailplanung noch nicht stattgefunden hat. Was aber stattgefunden hat, ist eine klare Redimensionierung des Projekts und das haben Sie in diesen Unterlagen einsehen können. Zum Beispiel das angemahnte WC hat man schon aus Kostengründen gestrichen und hat gesagt, das muss in die Gesamtplanung des Areals integriert werden, nämlich mit dem Bahnhof, wo das WC ja auch zugänglich ist, koordiniert werden. Ebenfalls das Thema Grillplatz. Da hat man auch gesagt, das muss neu beurteilt werden im Rahmen der Umgebungsplanung. Das war alles in der Vorprojektphase. Mit diesem ungefähren Kostenrahmen muss jetzt sinnvollerweise eine Projektierung passieren. Wir machen keinen Streich, bevor wir nicht diesen Kredit haben. Und alle diese Abklärungen, die Sie sinnvollerweise jetzt erwähnen, müssen dann getätigt werden. Was Gemeinderat Lukas Hefti meint, bedenken wir auch, dass das nämlich genau der richtige Zeitpunkt ist und nicht gewartet werden soll. Im Gegenteil, diese Aussenraumgestaltung soll mit den aktuellen nachbarlichen Bauherren aufgrund gemeinsam aufeinander abgestimmter Planung mit besseren Ergebnissen erfüllt werden können. Darum brauchen wir von Ihnen diesen Gesamtkredit. Wir werden diesen nicht verbraten in diesem kommenden Jahr, sondern wir werden dann beginnen können. Wir werden auch diese Eigenleistung der Jugendlichen selbstverständlich einfordern, wenn sie dieses Budget gesehen haben. Die Hälfte der Mittel sind stadtinterne Leistungen. Insgesamt hat die Stadtgärtnerei 23'000 Franken davon zu leisten, der Werkhof hat 23'500 Franken zu leisten und das tun wir nur, wenn wir ein gescheitertes Feinprojekt haben, was wir jetzt noch nicht haben. Wenn wir warten, bis die Bauarbeiten in der Umgebung abgeschlossen sind, haben wir diese Synergiemöglichkeiten vergeben und die Umsetzung des Projekts wird nicht günstiger. Darum bitte ich Sie, aufgrund dieser Argumentation uns diesen Kreditrahmen zu gewährleisten und mit diesen Jugendlichen, die noch "bei der Stange" sind, das auch zu realisieren. Es sind mittlerweile 30 Jugendliche beteiligt. Die

sind nicht dafür da, im Schlafwagen zu einem vergoldeten Platz zu kommen, sondern die wollen mitgestalten. Das kann ich Ihnen versichern. Ich bitte Sie also, im Interesse dieser Jugendlichen und auch im Interesse von uns, der Stadt nämlich, dass dort ein anständiger Platz gestaltet werden kann, wo sie auch sein können und wo sie auch, natürlich im Rahmen einer Hausordnung, wie wir das in allen unseren Anlagen haben, diese Regeln kennen und sich wohlfühlen können. Ich danke Ihnen für eine möglichst einheitliche Unterstützung.

**Gemeinderat Christoph Tschanen:** Noch einmal: Ich bin nicht gegen dieses 20gi, sondern für eine Verschiebung um ein oder zwei Jahre, um eben diese Problematik aufzuarbeiten und bei jeder Strasse würden wir auch zuerst einen Projektierungskredit beantragen, bevor man überhaupt in die Realisation geht. Ich denke, das wäre nicht mehr als fair auch gegenüber dem Tief- und Hochbauamt.

**Gemeinderat Samuel Kienast:** Nun möchte ich dazu doch auch noch etwas sagen. Es geht hier meiner Meinung nach auch um die Glaubwürdigkeit der Stadt diesen Jugendlichen gegenüber. Kollege Tschanen hat gesagt, sie müssen sich daran gewöhnen, aber bei diesen Jugendlichen sind vier Jahre viel. 2012 sind sie eingeladen worden, mitzuarbeiten, mitzudenken, mitzugestalten. Wer damals 16 war, ist heute 20 und er wird diesen Platz nicht mehr benützen, weil er aus diesem Segment herausgewachsen ist. Ich glaube, wenn wir Jugendliche einladen wollen, mitzugestalten, müssen wir auch ein bisschen schnell vorwärts machen, sonst werden sie bald vom Wagen springen und sagen, wir machen nicht mehr mit bei so Projekten, wir werden sowieso ausgebremst.

**Gemeinderat Benjamin Stricker:** Ich möchte Kollege Tschanen ans Herz legen, wenn Sie diesen Kredit aufschieben möchten um ein bis zwei Jahre zur Klärung dieser Fragen, dass Sie nicht einen Antrag auf Streichung stellen, sondern einen Antrag auf Reduktion oder auf Staffelung des Kredits. Wie Sie Stadträtin Thorners Votum entnehmen konnten, braucht es Geld, diese Fragen zu klären. Deshalb meine Empfehlung an Sie, kein Streichungsantrag, sondern wenn schon, einen Reduktionsantrag.

### **Abstimmung**

Antrag Tschanen:	14 Stimmen
Antrag Stadtrat:	21 Stimmen
Enthaltungen:	0 Stimmen

### **Werkbetriebe:**

Erfolgsrechnung, Register 7, Seite 1-36  
 Finanzplan 2017-2019, Register 7, Seiten 37-52  
 Investitionsrechnung, Register 6, Seiten 33-60 und Register 7, Seiten 32-36  
 Restbuchwerte, Register 7, Seiten 49-52.

**Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel:** Die Werkbetriebe gehen wir nicht seitenweise durch, sondern bei Voten mit Anträgen bitte ich Sie, jeweils das Register anzugeben, die Seite, das Konto und bitte Sie, mir die Anträge auch schriftlich abzugeben.

**Gemeinderat Stefan Leuthold, Referent der GPK Bau, Werke, Anlagen:** Die Budgetunterlagen haben wir in ausführlicher und übersichtlicher Form erhalten. Weitere Informationen erhielten wir anlässlich der Sitzung mit dem zuständigen Stadtrat Ruedi Huber, Direktor Ernst Haas

und Finanzchef Michael Gemperle vor Ort. Unsere Werkbetriebe behaupten sich in einem zunehmend anspruchsvollen Marktumfeld. Vor allem in den Bereichen Strom und Erdgas nimmt der Konkurrenzkampf zu. Die Marktöffnung verursacht eine Abwanderung von grossen Stromkunden. Politisch korrekt und doch unternehmerisch zu handeln, stellt für die Werkbetriebe häufig einen Zielkonflikt dar. Dennoch gelingt es, finanziell gesund zu bleiben und sich selber zu finanzieren, dies bei tiefen oder gar sinkenden Tarifen.

Zur laufenden Rechnung: Der Voranschlag 2016 sieht einen Umsatz von 59'660'000 Franken und einen Aufwand von 58'548'000 Franken vor. Dies ergibt einen soliden Nettoertragsüberschuss von rund 1,1 Mio. Franken, dessen Verwendungszweck grundsätzlich offenbleibt.

Das Elektrizitätswerk rechnet mit gleichbleibendem Verbrauch, 2 Prozent tieferen Netzkosten als 2015 und um 15 Prozent sinkende Energiekosten. Das anspruchsvolle Umfeld mit zunehmendem Wettbewerb führt dazu, dass die Werkbetriebe Frauenfeld die personellen Ressourcen im Bereich Marketing/Vertrieb mit einer neuen 100%-Stelle aufstocken müssen. In der GPK gab die Schaffung dieser Stelle keinen Anlass zu Diskussionen.

Auch das Gaswerk rechnet mit gleichbleibendem Verbrauch und 5 Prozent günstigeren Preisen, jedoch steigt die CO<sub>2</sub>-Abgabe per 1. Januar 2016 massiv um 40 Prozent an. Eine Entnahme aus der Spezialfinanzierung Preisausgleich in der Höhe von 250'000 Franken erlaubt es jedoch, diese Erhöhung gegenüber den Endkunden sanft abzufedern.

Bei den Wasserwerken rechnet man ebenfalls mit gleichbleibendem Verbrauch. Das Bevölkerungs- und Industriewachstum wird durch den seit 30 Jahren sinkenden Verbrauch pro Kopf kompensiert.

Für den Voranschlag werden per 1. Januar 2016 neue Abschreibungssätze festgelegt. Somit wird bestehendes Anlagevermögen, welches sich per Ende 2015 im Budget befindet, linear über zehn Jahre abgeschrieben. Neues Anlagevermögen ab 1. Januar 2016 wird künftig linear vom Anschaffungswert abgeschrieben. Die Regeländerung hat eine Verlängerung der Abschreibungsdauer von heute durchschnittlich 13 Jahren auf neu 18 Jahre zur Folge. Dieses Vorgehen und der Verzicht auf stille Reserven schafft mehr Transparenz, was von unserer Kommission grossmehrheitlich befürwortet wird. Die Investitionsrechnung der Werkbetriebe budgetiert per 2016 Aufwendungen in der Höhe von 6,2 Mio. Franken gegenüber 5,7 Mio. Franken im Jahr 2015. Die im Zeitraum geplanten Investitionen von 2016 bis 2019 werden die Werkbetriebe voraussichtlich ohne zusätzliches Fremdkapital finanzieren können. Aufgrund der geänderten Abschreibungsregeln, welche die Lebenszyklen der einzelnen Anlageklassen berücksichtigt, steigen die Restbuchwerte in den nächsten Jahren deutlich an. Die Grafik auf Seite 51 des Finanzplans belegt dies eindrücklich. So wird per Ende 2015 noch mit einem totalen Restbuchwert nach Abschreibung von rund 8,5 Mio. Franken gerechnet, per Ende 2016 wird es voraussichtlich bereits bei rund 13,6 Mio. Franken liegen.

An dieser Stelle möchte ich mich im Rahmen unserer GPK bei allen Mitarbeitenden der Werkbetriebe für ihre Leistung im Dienste unserer Versorgungssicherheit danken, dies im Bewusstsein, dass der zunehmende Wettbewerb sie laufend vor neue Herausforderungen stellt. Die GPK Bau, Werke, Anlagen hat das Budget 2016 der Werkbetriebe mit 4 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung gutgeheissen und den Finanzplan zur 2017-2019 Kenntnis genommen. Wir empfehlen Ihnen, dies ebenfalls zu tun.

**Gemeinderat Heinrich Christ, Referent der Fraktion CH/Grüne/Grünliberale:** Der gute Abschluss oder das solide Ergebnis freut uns. Was uns noch mehr freut, die langjährige Kritik unserer Fraktion an der Abschreibungsstrategie der Werke wurde endlich erhört. Ab 2016 wird linear gemäss erwarteter Nutzungsdauer abgeschrieben. Hier entsteht anstelle von stillen Reserven und zahlreichen Kässeli etwas mehr Transparenz. Das begrüssen wir sehr.

### **Alterszentrum Park**

Laufende Rechnung, Investitionsrechnung, Finanzplan, Register 8

**Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel:** Auch das Alterszentrum Park gehen wir nicht seitenweise durch. Ich bitte Sie ebenso, bei Voten mit Anträgen jeweils die Seite und das Konto zu nennen und mir die Anträge schriftlich abzugeben.

**Gemeinderat Christoph Keller, Referent der GPK Gesellschaft und Gesundheit:** Die Zahlen wurden an der Budgetpräsentation vom 4. November 2015 bereits ausführlich vorgestellt. An der GPK-Sitzung gab es noch einige wenige Ergänzungen durch Stadträtin Aepli und Zentrumsleiter Lippelt. Bekanntlich sind die positiven Abschlüsse die Folge der Tarifierhöhung, die unser Rat am 21. Oktober beschlossen hat. Gemäss Zentrumsleiter Lippelt gilt für die vorliegenden Zahlen, dass die Aufteilung auf die Kostenträger Pension, Pflege und Betreuung bewusster vorgenommen wurde, um Transparenz zu schaffen. Eine Quersubventionierung soll vermieden werden. Eine Frage zu den Temporärangestellten zeigte, dass diese Sparte Mitarbeitende nicht hauptsächlich zum Brechen von Arbeitsspitzen angestellt werden, vielmehr braucht man solche Arbeitskräfte, um überhaupt genügend Personal zu bekommen. Im Tageszentrum geht man neu von einer 90%-Belegung aus. Aktuell ist die Belegung genau so, weshalb dieses Ziel nicht abwegig ist. Ohnehin wird aber eine Unterstützung des Fördervereins nötig sein, welcher erfreulicherweise durch den unermüdlichen Einsatz der Verantwortlichen immer wieder genügend Finanzen bereitstellen kann. An der GPK-Sitzung wurden auch erste Resultate der erst vor kurzem eingesetzten Arbeitsgruppe vorgestellt, die sich mit der seit längerer Zeit unklaren Situation bezüglich der Abschreibungspraxis bei der Parksiedlung beschäftigt. Neu sollen die Abschreibungen konstant auf 750'000 Franken festgelegt werden. Der Unterhalt soll im Konto 430 und die Abschreibungen im Konto 440 aufgelistet werden. Mit dieser transparenteren Variante können auch die Tarifierpassungen besser begründet werden. Eine Planrechnung mit einer Investitionstabelle ist der nächste Schritt, welcher mit dieser Arbeitsgruppe erarbeitet werden soll. Möglicherweise sind bereits in der nächsten Rechnung erste Resultate sichtbar. Stadträtin Aepli, Zentrumsleiter Lippelt und die GPK stehen voll hinter der Arbeit dieser Arbeitsgruppe.

Zu den geplanten Investitionen, welche in den Unterlagen sehr gut erklärt sind, gab es in der GPK keine Fragen, deshalb verzichte ich hier darauf, nochmals darauf einzugehen.

In der Schlussabstimmung der GPK wurde das Budget des Alterszentrums Park einstimmig gutgeheissen.

**Gemeinderätin Anita Bernhard Ott, Referentin der Fraktion CH/Grüne/Grünliberale:** Wir möchten uns bei der für das Alterszentrum Park zuständigen Stadträtin Aepli sowie bei den verantwortlichen Mitarbeitenden für die geleistete Arbeit bedanken. Insbesondere danken wir jedoch dafür, dass sie bemüht sind, die allgemeine Dämmerung etwas aufzuhellen, indem künftig die Ergebnisse transparenter ausgewiesen werden sollen. Bis anhin wurde ein Erfolg oder ein allfälliger Misserfolg mit mehr oder weniger hohen Abschreibungen kompensiert. Nun müssen die budgetierten Abschreibungen der Rechnung vollumfänglich belastet und ein resultierender

Gewinn oder Verlust muss einem neu zu führenden Konto Defizitdeckung gutgeschrieben bzw. belastet werden. Weiter wurde der GPK für die Parksiedlung nach Rücklauf einer derzeit stattfindenden Tätigkeitsanalyse und damit leider erst ab 2017 eine lineare Abschreibung über 750'000 Franken zugesichert. Wir meinen, diese Massnahmen sind ein Schritt in die richtige Richtung, würden uns jedoch noch mehr Transparenz wünschen. Es sollte doch möglich sein, für alle Betriebe der Stadt denselben Rechnungslegungsstandard anzuwenden.

### **Finanzkennzahlen**

Register 5

Keine Wortmeldungen aus dem Rat.

### **Finanzplan 2017-2019 der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park**

**Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel:** Als Unterlagen stehen uns die Botschaft Nr. 3 Budget der Stadt Frauenfeld für das Jahr 2016 sowie die Botschaft Nr. 31 Voranschlag der Werkbetriebe der Stadt Frauenfeld für das Jahr 2016 sowie die Botschaft Nr. 3b Budget des Alterszentrums Park für das Jahr 2016 zur Verfügung. Die Finanzpläne finden sich wie folgt: Die Stadt Register 4, Finanzplan, Register 5 die Kennzahlen, Werkbetriebe Register 7 ab Seite 37, Alterszentrum Park Register 8 Seite 7. Wie immer nimmt der Gemeinderat den Finanzplan lediglich zur Kenntnis.

**Gemeinderat Peter Hausammann, Referent der GPK Finanzen und Administration:** Der Finanzplan wurde bereits beim Eintreten abgehandelt.

**Gemeinderat Herbert Vetter, Referent der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO:** Nach zwei, drei Mal leer schlucken haben auch wir vom Finanzplan Kenntnis genommen. Wir waren schon etwas erstaunt über die neue Beurteilung der Finanzen durch den Stadtrat. Noch vor einem Jahr schrieb der Stadtrat in der Botschaft zum Finanzplan, dass keine weiteren Einsparungen ohne Leistungsabbau möglich seien. Entsprechend waren auf das Jahr 2016 und 2018 Steuererhöhungen vorgesehen. Der gleiche Satz steht nun wieder in der Botschaft zum Budget 2016. Nur von einer Steuererhöhung ist keine Rede mehr. Es konnten anscheinend nochmals weitere Einsparungen gemacht werden. Für unsere Fraktion muss zukünftig aber auch auf der Ertragsseite etwas gemacht werden. Wir erwarten auf das Budget 2017 eine Steuerfusserhöhung. Dass der neue Stadtpräsident nicht gleich beim ersten Budget eine Steuerfusserhöhung präsentieren wollte, dafür haben wir ja ein gewisses Verständnis. Er hat uns das ja auch nicht eingebrockt. Nun muss aber auf das nächste Jahr gehandelt werden. Unser Nettovermögen ist bis dann nämlich dahingeschmolzen. Zum Schluss noch folgende Bemerkung: Auch wenn der Finanzplan laufend überarbeitet werden muss, sollte aus unserer Sicht eine gewisse Konstanz über die Jahre drin sein. Uns ist zum Beispiel aufgefallen, dass beim Tiefbau unter Strassen/Verkehrswege die Investitionen von gut 10 Mio. Franken im Jahr 2016 auf unter 5 Mio. Franken im Jahr 2019 geplant sind. Nicht dass wir nun neue Strassen fordern, aber der Unterhalt sollte fachgerecht gemacht werden.

**Gemeinderat Jörg schläpfer, Referent der Fraktion FDP:** Der Finanzplan sieht auch in den nächsten Jahren Defizite vor in der Höhe von 1,4 Mio. Franken bis 2 Mio. Franken. Dennoch besteht beim Steuerfuss in den nächsten Jahren kein zwingender Anpassungsbedarf. Die Begründungen werden in der Antwort auf die einfache Anfrage über das Eigenkapital der Stadt Frauenfeld ersichtlich.

1. Das Eigenkapital ist die bedeutendere Kennzahl als das Nettovermögen. Das Beispiel in dieser erwähnten einfachen Anfrage illustriert dies schön. Bei einer selbstfinanzierten Investition im Verwaltungsvermögen reduziert sich das Nettovermögen sofort um den vollen Investitionsumfang. Das Eigenkapital aber nicht direkt, weil die Stadt ja durch die Investition einen Gegenwert im Verwaltungsvermögen erhält im Umfang der aktuellen Bewertung. Das Eigenkapital reduziert sich dann schrittweise im Verlauf der Nutzungsdauer über die erhöhten Abschreibungen. Und das ist die relevante Betrachtungsweise.
2. Die Stadt besitzt per Anfang 2015 ein Eigenkapital von mehr als 90 Mio. Franken. Hauptgrund dafür sind die auch mittlerweile 70 Mio. Franken kumulierten Bilanzüberschüsse. Also wurden offenbar in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten deutlich mehr Steuern eingenommen, als für den Betrieb der Stadtverwaltung notwendig war. Diese Tatsache verdeutlicht, wie passend es war, im letzten Jahrzehnt den Steuerfuss kontinuierlich zu senken.
3. Ein Abtragen der Bilanzüberschüsse erfolgt über negative Rechnungsabschlüsse, und solche sieht der Finanzplan in den nächsten Jahren vor. Auch ohne Steuererhöhung würde der Bilanzüberschuss im Finanzplan Ende 2019 noch immer mehr als 20 Mio. Franken über dem Betrag von 40 Mio. Franken liegen, welchen der Stadtrat als längerfristige Grösse anstrebt.

Es besteht also kein zwingender Handlungsbedarf beim Steuerfuss. Aber auch so erwartet die FDP, dass die Rechnung mittelfristig wieder ausgeglichen sein wird. Gerne erwähne ich hier noch zwei Einflussfaktoren, welche das Rechnungsergebnis gegenüber den Defiziten im Finanzplan verbessern könnten:

1. Sparen: Die FDP erkennt insbesondere seit der ewig langen Budgetdebatte vor zwei Jahren aktive und effektive Sparbemühungen in der Stadtverwaltung. Der Stadtrat und die Amtsleiter haben hier gut gearbeitet. Diese unangenehme Knochenarbeit ist von diesen Kaderpersonen unabdingbar, weil sie noch besser als wir Gemeinderäte einschätzen können, in welchen Bereichen noch Sparpotenzial bei der operativen Effizienz besteht. Zwei Beispiele möchte ich hier hervorheben: Der Stadtbuschef wirkt mittlerweile neben seiner angestammten Tätigkeit auch im Hoch- und im Tiefbau. Und die Departemente Finanzen, Stadtentwicklung und Zentrales sowie Bau und Verkehr konnten je zehn Prozent bei den operativen Kosten reduzieren. Wir erwarten vom Stadtrat, dass er in den nächsten Jahren noch weitere solche Verbesserungen der Aufwände vorantreibt.
2. Steuerkraft: Es ist auch möglich, bei künftig gleichem Steuerfuss höhere Steuereinnahmen zu erzielen. Bezüglich Steuerkraft pro Einwohner ist Frauenfeld die elftstärkste Gemeinde im Kanton. Das ist sehr gut. Weniger gut ist, dass die Steuerkraft an Dynamik eingebüsst hat. Die Steuerkraft ist in den letzten acht Jahren mit total 6 Prozent unterdurchschnittlich gewachsen. Einerseits betrug das Wachstum nicht einmal mehr einen Drittel des Wachstums der Jahre 1998 bis 2005. Man darf davon ausgehen, dass ich diese Zahlen für den Vergleich inflationsbereinigt habe. Und vor allem war dieses Wachstum der Steuerkraft kleiner als das Wachstum in den allermeisten anderen Gemeinden im Kanton. Ergo Frauenfeld und übrigens auch andere Städte müssen ihre Rolle als steuerkräftige Gemeinden wieder finden, respektive in unserem Fall weiter ausbauen. Für diesen Schritt nach vorne sind die dazu passenden Investitionen zu tätigen und Frauenfeld als attraktiven Standort zum Wohnen und Arbeiten entsprechend zu positionieren.

**Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel:** Damit ist die Diskussion erschöpft und wir haben den Finanzplan 2017-2019 der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park zur Kenntnis genommen. Wir kommen zur Botschaft und zu den Anträgen. Ich stelle die Botschaft Nr. 3, 3a und 3b nochmals zur Diskussion.

**Gemeinderat Christoph Tschanen:** Wir als Fraktion SVP/EDU sind enttäuscht ob der heutigen Budgetdebatte. Die Mehrheit des Gemeinderats ist nicht gewillt zu sparen oder wenigstens einige wenige Ausrufezeichen zu setzen. Schade. Wir stehen zu unseren Legislaturzielen und werden aus diesem Grund den Antrag 2 des Budgets 2016 der Stadtverwaltung grossmehrheitlich ablehnen. Viele unter uns wollen alles, nur nicht sparen.

### Abstimmungen

Antrag 1: Gemäss Art. 15 Abs. 1 des Besoldungsreglements werden für individuelle Besoldungsanpassungen 0,65 % und für Leistungsprämien 0,1 % der Gesamtlohnsumme bewilligt. Eine generelle Lohnanpassung ist aufgrund der ausgeglichenen Teuerung nicht vorzunehmen. Antrag 1 wird einstimmig genehmigt.

Antrag 2: Das Budget 2016 der Stadtverwaltung wird mit 24 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen gutgeheissen.

Antrag 3: Das Budget 2016 der Werkbetriebe wird einstimmig gutgeheissen.

Antrag 4: Das Budget 2016 des Alterszentrums Park wird einstimmig gutgeheissen.

Die Finanzpläne 2017-2019 wurden zur Kenntnis genommen. Die Budgets der Stadtverwaltung, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park für das Jahr 2016 gemäss Ziff. 2, 3 und 4 dieses Beschlusses unterstehen dem fakultativen Referendum der Stimmberechtigten. Spricht sich jemand für das Behördenreferendum aus? – Dies ist nicht der Fall. Somit beginnt die Referendumsfrist am 10. Dezember 2015 und endet am 25. Januar 2016.

Damit haben wir die heutige Tagesordnung durchberaten. Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 13. Januar 2016 um 18 Uhr statt. Ich danke Ihnen für Ihre Mitarbeit, Ihre interessanten Fragen, dem Stadtrat für seine ausführlichen Beantwortungen. Ein herzliches Dankeschön der Stadtgärtnerei für den blumigen Rahmen und Beat Dürger und seinem Team für seine Unterstützung. Ich wünsche Ihnen eine schöne und besinnliche Adventszeit, erholsame Weihnachtstage im Kreise Ihrer Lieben sowie ein gutes neues Jahr, das Ihnen viel Glück, Gesundheit und Freude bringen soll. Mit diesem Wunsch schliesse ich die Sitzung und wünsche Ihnen einen schönen Feierabend.

---

Schluss der Sitzung: 20.30 Uhr

\* \* \*